

Die „Volkswacht“  
erscheint wöchentlich 4 Mal  
und ist durch die  
Expedition, Neue Grabenstr. 67,  
und durch Kolportage zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 2.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Durch die Post bezogen M. 2.50,  
frei ins Haus M. 2.92,  
wo keine Post am Orte, M. 3.34.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Redaktion 3141.

Abbestellung  
Für die einjährige Abbestellung  
oder deren Bruch 25 Pf.  
Ansprüche: 10 Pf.  
Ansprüche: 10 Pf.  
Ansprüche: 10 Pf.  
Ansprüche: 10 Pf.  
Ansprüche: 10 Pf.  
Ansprüche: 10 Pf.  
Ansprüche: 10 Pf.  
Ansprüche: 10 Pf.  
Ansprüche: 10 Pf.  
Ansprüche: 10 Pf.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 271.

Breslau, Sonnabend, den 18. November 1911

22. Jahrgang.

## Die Tabakarbeiter und die Reichstagswahlen.

In wenig ideal betraugten Familien kommt es vor, daß ein Kind oft dann geprügelt wird, wenn andere Kinder irgend etwas verbrochen haben. Hier geht man dann von der falschen Voraussetzung aus, daß das angeblich mifratene Kind der Schuldige ist. Schlimmer als einem zurückgesetzten Kinde in einer kleinen Familie geht es den Tabakarbeitern in Deutschland; sie werden auch nicht geprügelt, wenn man ihnen auch mit dem besten Willen keine Sünden vorwerfen kann.

Die Ursache ist in der mangelhaften volkswirtschaftlichen Bildung der Staatsmänner zu suchen. Weil es eine Anzahl von Staaten gibt, die, wie Frankreich, Oesterreich, Italien usw., das Tabakmonopol und dadurch eine große Einnahme haben, weil der ganze Fabrikationsgewinn, zuzüglich einer erheblichen Besteuerung, in die Staatskasse fließt, so glauben unsere Staatsmänner, daß die Einnahmen aus Tabak sich beliebig erhöhen lassen. Dieser Glaube wird noch gestärkt durch den Umstand, daß auch Staaten ohne Tabakmonopol, wie England und Rußland, erhebliche Einnahmen aus der Tabaksteuerung haben.

Obwohl es kein Land in Europa gibt, welches eine größere Tabakindustrie hat als Deutschland, so scheinen doch die Staatsmänner die Leidensgeschichte dieses Erwerbszweigs und der Hunderttausende von Arbeitern, die darin ihren Brotverdienst suchen, wenig zu kennen. Nach der Gewerbebeziehung von 1907 gibt es in Deutschland in der Tabakfabrikation 25.470 Betriebe mit 203.224 beschäftigten Personen; außerdem 22.812 Zigarrenhandlungen, in denen 37.007 Personen beschäftigt waren. Rund 240.000 Personen finden direkt in der Tabakfabrikation und dem Handel mit diesen Produkten ihren Brotverdienst. Dazu kommen noch zahllose Arbeiter der Hilfsindustrie, wie Maschinenfabrikation, Steinindustrie, Handwerker, Fabriken zur Herstellung der Formen und anderer Werkzeuge usw. Zählt man die in anderen Gewerben direkt für die Tabakindustrie beschäftigten Personen mit, dann darf man annehmen, daß durch die Tabakindustrie mehr als 300.000 Personen ihren Erwerb finden.

Die Leidensgeschichte beginnt, sobald man nach den Löhnen fragt. Es gibt keinen Erwerbszweig in Deutschland, dessen Arbeiter so schlecht bezahlt werden, wie die Tabakarbeiter. Während die gegen Unfall versicherten Arbeiter, die in den 66 gewerkschaftlichen Berufsgenossenschaften versichert waren, 1909 einen Durchschnittslohn von 951,5 Mark erhalten, hatten die Tabakarbeiter nur einen solchen von 616 Mark. Freilich ist unter den Tabakarbeitern die Zahl der schlecht bezahlten weitlich größer als die der gut bezahlten. In den 6 Textilberufsgenossenschaften, der Leinen- und Seidenberufsgenossenschaft, wurde ein Durchschnittslohn von 800,70 Mark gezahlt.

So schlechte Lohnverhältnisse waren aber nicht immer in der Tabakindustrie. Es gab Zeiten, in denen die Tabakarbeiter zu den bestbezahlten Arbeitern gehörten. Der Lohndruck steht in innigem Zusammenhange mit der Steuergesetzgebung des Deutschen Reiches. Die Gründe, welche die Staatsmänner angeben, daß der Tabak ein ideales Steuerobjekt sei, sind für die Tabakarbeiter verhängnisvoll. Bismarck sagte in seiner bekannten Steuerrede vom 22. November 1875, daß der Tabak ein erhebliches Genussmittel sei, bei dem es der Verbraucher in der Hand habe, so viel Steuern zu zahlen, als er ertragen könne. Staatsmann und Tabakverbraucher sind aber nicht die einzigen, welche in Betracht kommen. Zwingen hohe Steuern den Verbraucher, auf gewisse Genüsse zu verzichten, dann mag mancher Nichtraucher das für eine Annehmlichkeit halten. Aber Einschränkung des Tabakverbrauches bedeutet für den Tabakarbeiter Verlust des Brotverdienstes.

In der Tat ist ein enger Zusammenhang zwischen dem Preise des Produktes und der Menge des Verbrauches. Das versteht man deutlich an dem Verbrauch in den Monopolländern. Als zum Beispiel im Anfang der 70er Jahre in Frankreich der Durchschnittspreis für Tabakfabrikate von 9 auf 11,50 Francs für ein Kilogramm erhöht wurde, sank der Verbrauch von 30,8 Millionen Kilogramm auf 27 Millionen Kilogramm.

Alle Idealländer der Freunde hoher Tabaksteuerung sind abschreckende Beispiele für den Volkswirt. Gewiß liefern die Monopole in Oesterreich und Frankreich, sowie die Steuer in England große Erträge. Aber in diesen drei Großstaaten werden zusammen nicht so viel Arbeiter in der Tabakfabrikation beschäftigt, wie in Deutschland allein. Man kann annehmen, daß, wenn die Staatsmänner die Erträge aus der Tabaksteuer so hoch setzen, wie in jenen Ländern, sie dann auch die Industrie so tief herabgedrückt haben werden.

Freilich wird oft die Steuererhöhung von 1879 als

inländischen Tabak von 6 Mark auf 45 Mark, und der Zoll für ausländischen Tabak von 21 Mark auf 85 Mark für den Doppelzentner erhöht, und hoch ist die Zigarettenfabrikation gestiegen. Damals standen die Fabrikanten vor der Frage, ob sie entsprechend der Steuererhöhung die Preise erhöhen und damit mit einer Abnahme des Verbrauches rechnen wollten, oder ob sie den Absatz behielten wollten, indem sie die Waren zum alten Preise lieferten. Weil die meisten Fabrikanten noch große Vorräte zum alten Zollsatz versteuerten Tabaks hatten, erklärten sie sich bereit, vorläufig zum alten Preise zu liefern.

Dann begannen die Lohnreduktionen. In Hamburg, Bremen und anderen Hauptstädten der Fabrikation traten Lohnreduktionen von vier, fünf und mehr Mark für ein Tausend Zigaretten ein. Die Arbeiter konnten sich nicht wehren. Am 21. Oktober 1878 war das Sozialistengesetz in Kraft getreten, die Organisationsvereine waren aufgegeben, also die Arbeiter machtlos. Viele, die für so niedrige Löhne nicht arbeiten wollten, zogen nach Amerika. Die Fabrikanten verlegten gleichzeitig ihre Fabriken nach den Orten mit billigerer Arbeitskraft. 15 große Fabrikanten Hamburgs wichen aus ihren Büchern nach, daß sie 1878 für 100.760.000 Zigaretten 1.831.324 Mark Arbeitslohn, also durchschnittlich pro 1000 Stück 18,17 Mark zahlten. Da aus einem Doppelzentner Tabak durchschnittlich 12½ Tausend Zigaretten hergestellt werden, so konnten sie trotz Steuererhöhung die Zigaretten für den alten Preis liefern. Die Mehrerträge der Steuern wurden den Arbeitern vom Lohn abgezogen.

Seit jener Zeit kamen die Tabakarbeiter nicht mehr zur Ruhe. 1881 brachte Bismarck den Monopolgebiet-Entwurf, 1893 Hofadomsky die Fabriksteuer, 1894 kam ein ähnlicher Geiseltentwurf, 1906 erhöhte Tabakzoll und Zigarettensteuer. Obwohl die Entwürfe von 1881, 1893, 1894 und die Zollhöhung von 1906 abgelehnt wurden, so brachten doch all diese Entwürfe solche Beunruhigungen in die Zigarettenfabrikation, daß an eine Verbesserung der Lage der Arbeiter nicht gedacht werden konnte. Dann kam 1909 die Wertsteuer. Man wußte, daß dadurch die Lage der Arbeiter verschlechtert wurde. Jede Erhöhung der Preise bringt Verminderung des Verbrauches, jede Verminderung des Verbrauches bringt Arbeitslosigkeit und jede Arbeitslosigkeit Rückgang der Löhne.

Als dann 1909 die Sozialdemokraten einen Antrag brachten, der der Monopollage des Fürsten Bismarck entnommen worden war, in dem eine Entschädigung der brotlos werdenden Arbeiter gefordert wurde, da kam ein förmlicher Meißelauf der Parteien, die ähnliche Anträge einbrachten. Ein Antrag Giesberts, nach welchem die arbeitslos werdenden Arbeiter, die weniger als ein Jahr in der Tabakindustrie beschäftigt waren, entschädigt werden sollten, wurde mit 311 Stimmen gegen 10 konservative und zwei Zentrumstimmen angenommen. Es war also eine erhebliche Mehrheit für diesen Antrag. Aber das Zentrum wollte die Entschädigung gar nicht bewilligen. Zur dritten Lesung brachten Giesberts und Genossen einen Antrag, wodurch die Entschädigungssumme auf vier Millionen Mark herabgesetzt wurde. Diese Herabsetzung machte aus dem Beschlusse der zweiten Lesung eine Karikatur. Man bedenke, daß allein 1909 an die gegen Unfall versicherten Arbeiter mehr als 107 Millionen Mark Lohn ausbezahlt worden ist!

Wenn nun aber nur hundert Arbeiter brotlos wurden, dann reichte die Summe schon nicht aus. Es sind zwar noch 750.000 Mark nachbewilligt worden, aber mehr als hunderttausend Geschädigte, die durch Betriebsbeschränkung oder durch die Begleiterbestimmungen schlechten Geschäftsganges (da man für den alten Lohn erheblich bessere Arbeit verlangte) geschädigt wurden, haben keinen Pfennig erhalten.

Wollen die Tabakarbeiter sich vor ähnlichen Schädigungen schützen, dann gibt es nur einen Weg, nämlich, dem Kampfsieger Halt gebieten! So lange die meisten Mehrheitsparteien die Mehrheit behalten, werden sie für Meer, Marine, Kolonial- und Weltpolitik stets steigende Ausgaben bewilligen. Sobald aber die Finanzkalamität stetig, werden unsere Staatsmänner immer wieder mit neuen Tabaksteuervorlagen kommen. Immer erschallt die alte, verlagene Phrase: Der Tabak muß bluten! Wer den Tabak kennt, weiß, daß er ein todesraues, blutloses Kraut ist. Was durch die Tabaksteuervorlagen zum Bluten gebracht wird, ist nicht der Tabak, sondern es sind die Tabakarbeiter. Sie werden bis zum Weißbluten geschädigt!

Für den Tabakarbeiter kann es daher nur eine Lösung geben: keine Stimme für den Kandidaten von Parteien, die für Gesetze stimmen, durch die solche Kalamitäten ge-

schaffen wird, aus denen dann die Tabaksteuervorlagen hervorgehen.

Die Partei, die alle Ausgaben für Küstungszwecke zu Wasser und zu Lande abgelehnt, die die Kolonial- und Weltpolitik und den Imperialismus bekämpft hat, ist die Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie hat auch alle Tabaksteuer-Vorlagen bekämpft und ist jederzeit eingetreten für die Interessen der Tabakarbeiter.

Für die Tabakarbeiter ist der Wahlkampf ein Kampf um die Existenz. Jede Mehrausgabe für Küstungszwecke ist die Einleitung zu einer neuen Tabaksteuervorlage. Jeder Tabakarbeiter, der darnach strebt, seine Lage zu verbessern, muß seine ganze Kraft einsetzen, die Sozialdemokratie im Reichstage zu stärken.

### Politische Uebersicht.

#### Bierdividenden.

Ein Nachtrag zu unserem Gastwirtschaftsartikel.

Nachdem alle Aktienbrauereien im letzten Jahre eine Steigerung ihrer Gewinne, die wiewohl Unternehmungen, die eine Rentabilitätssteigerung nicht zu erlangen vermochten, danken an inneren Verhältnissen und müssen als Ausnahmeerscheinungen angesehen werden. Durch die Wertserhöhungen haben die Brauereien nicht nur die Mehrbelastung aus dem neuen Brauereigesetz abwälzen können, zugleich sind ihnen daraus erhebliche Mehrerträge erwachsen. Dazu kamen die besonders günstigen Absatzverhältnisse infolge des ungewöhnlich heißen Sommers.

Die Brauereien, die bisher ihre Abschlüsse für 1910/11 veröffentlichten oder Vorschläge über die Verteilung ihrer Gewinne gemacht haben, verstellen im Vergleich zu den beiden letzten Vorjahren folgende Dividenden:

	1908 Proz.	1909 Proz.	1910 Proz.
Berliner Beck & Co.	4	5	6
Friedrichshagen, Berlin	1½	3	4
Münchener Brauhaus, Berlin	4	6	7
Schöneberger Brauerei, Berlin	7½	8½	10
Schöneberger Schloßbrauerei	8	9	11
Schultheiß-Brauerei	14	14	15
Spandauer Bergbrauerei, Berlin	4	5	5
Victoria-Brauerei, Berlin	3	4	6
Victoria-Brauerei, Bochum	7	7	7
Danziger Aktien-Bierbrauerei	10	12	12
Dortmunder Aktien-Brauerei	20	20	20
Dortmunder Union-Brauerei	20	20	20
Frankfurt, Germania-Brauerei	7	7	7
Genesheimer Aktien-Brauerei	4	5	5
Hannau, Hofbräuhaus	1	3	3½
Hertules-Brauerei, Cassel	9	9	9
Positen-Brauerei, Altona	11	12	13
Jenbed & Co., Hamm	9	4	6
Kieler Schloßbrauerei	7	8	8
Klosterbrauerei, Hildesheim	3½	5	5
König-Brauerei, A.-G., Duisburg	7½	8	9
Leipziger Bierbrauerei Riebeck & Co.	8½	9½	10
Löwenbrauerei, Dortmund	10	10	10
Müser, A.-G., Langendreer	6	6	7
Oberhessische Brauerei A.-G.	6	4	4½
Paulshöhe-Brauerei v. com. Epita	5	5	4
Reichelbräu A.-G., Rulmbach	10	10	11
Roh & Co., Dortmund	0	0	0
Rott, Wahn & Ohlerich	10	10	10
Schlagel-Brauerei, Bochum	9	9	10
Sinner-Brauerei	16	12	12
v. Luderische Brauerei	14	14	14
Vereinsbrauerei Altona	6	6	6

Starke Fortschritte hat in dem Jahre 1910/11 der Konzentrationsprozeß im Brauereigewerbe gemacht, und zwar sowohl durch Betriebsvereinigungen als durch Zusammenschluß in Form von Kartellen. Verlängert wurde das Berliner Brauereikartell, das eine Festsetzung der Produktionsmengen und Ausgaben für Ueberschreitungen der Kontingente von 5 M. pro Hektoliter vorsteht. Außerdem wurden diese Vereinbarungen zwischen den Konventionsbrauereien auch auf den Absatz nach den Provinzen Brandenburg und Sachsen ausgedehnt. In diesen Tagen führten die Bestrebungen auf Verlängerung des rheinisch-westfälischen Brauereikerbundes zu einem neuen Vertrage zwischen den Brauereien von Essen, Düsseldorf und Duisburg zur Regelung der Bierpreise und der sonstigen Konkurrenzverhältnisse auf vier Jahre. Wegen Beitritt der Dortmunder Gruppe zu diesem Abkommen dauern die Verhandlungen noch an. Nach den glänzenden Ergebnissen des letzten Jahres werden nun die Ausschüsse weniger günstiger beurteilt, in Geschäftsberichten von Brauereiverbänden wird betont, daß die höheren Kosten der ganzen Lebenshaltung infolge der Teuerung wahrscheinlich zu einer Einschränkung des Bierkonsums führen werden.

hat die Annahme des grundlegenden Artikels I gebracht. Ein bedeutungsvolles Stück deutscher Einheit ist damit festgestellt, da die Abstimmung dritter Lesung nicht anders ausfallen wird. Die altfeudalen Stromzölle feiern in etwas modernisierter Form ihre Auferstehung, und dafür stimmte nicht nur die ganze schwarz-blaue Mehrheit, sondern auch fast alle Nationalliberalen — mit Ausnahme von Hoffmann und ein paar Wasserbauingenieuren — und sogar, durch laudwürdige Vorteile gewonnen, das Näublein der schwäbischen Fortschrittler, das man einstmals das Näublein der Aufrechten nannte, unter Konrad Haußmanns Führung. Gewiß mag es diesem Schwaben nicht leicht geworden sein, aber was hilft schließlich das naive Auge, wenn das heitere Auge die Entscheidung bestimmt! Herr Konrad Haußmann hat, um weiter mit Hamlets Stiefvater zu sprechen, Leid und Lust abgewogen und er hat die Lust der Vorteile größer gefunden, als das Leid der Abgaben. Auf die Verbesserungen weist er hin, die die Kommission angebracht hat. Raum aber war dieser Hinweis dem Begehre der Kaufmännischen Zünfte entgegen, als die Mehrheit eine dieser Verbesserungen wieder ausstrich, und die immerhin einigermaßen Garantien bietende, von der Kommission eingefügte Wegzollbestimmung der künstlichen Wasserstraßen befestigte. Wir wollen abwarten, ob nicht bei der Spezialberatung am Freitag noch weitere Verbesserungen eingefügt werden. Schon haben die über diese Verbesserungen wütenden Konterpartien ihr Rechenbrett gemessen.

Außer der Zustimmung gehörte der ganze Donnerstag noch der Generaldebatte, die sich an Artikel I anknüpfte. Sämtliche Sachen, am nachdrücklichsten unser alter Parteiveteran Stolle, aber auch der Nationalliberale Dr. Seitz und der Freisinnige Günther bekämpften die Stromzölle, mit der Preußens Nachgeliebt bundesbrüderlich Sachsen heimlich. Für die Vorteile sprachen ein gewisser Zahnkranz Müller, der Zentrumsgroßpraktische und der unverwundliche Diederich Kahn, der mit schäner Offenheit die Masselanalisierung darum verwarf, weil man den Schloßherrn des Ruhrreviers unbequeme Konkurrenz vom Hals halten müsse. Auch ein Beweis für das immer enger werdende Bündnis zwischen Strauß und Schlot. Mit Kraft und Schärfe geißelte Genosse Frank, der Mann im mit seinem großen Fluchhafen vertritt, die Verkehrs- und Volkswirtschaft der Vorlage, die auch der Freisinnige Gotheim noch einmal gebührend kennzeichnete, worauf Konrad Haußmann den parlamentarischen König Claudius von Dänemark spielte und „mit Leichenjubel und mit Hochgeitzklage“ sich prinzipiell gegen und in Pragis für die Vorlage erklärte. Es folgte dann die bereits oben in ihrer Bedeutung gekennzeichnete Abstimmung.

Siberiens Friede

Bei den parlamentarischen Verhandlungen über das Maroffa-Abkommen befolgt die deutsche Regierung die schlaue aber nicht gerade mutige Taktik, wichtige Tatsachen solange verborgen zu halten, bis ihr Bekanntheit — in ihrem Sinne — keinen Schaden mehr anrichten kann. So hat der Reichstag von der Anerkennung des Protektorats und der Schiedsgerichtsanstellung erst erfahren, nachdem die Parteien in zweitägiger Debatte ihre Stellung bereits festgelegt hatten. Jetzt hat sich in der Budgetkommission ein ganz ähnlicher, nur für die weitere Behandlung der Sache noch viel wichtiger Vorgang abgepielt.

Mit 16 gegen 10 Stimmen hat die Kommission den Antrag der Linken, schon das eben abgeschlossene Abkommen dem Reichstage zur Genehmigung zu unterbreiten, abgelehnt. Das Zentrum war es, das bei dieser Gelegenheit wieder einmal jähler umfiel und durch diesen Unfall wichtige Reichstagsrechte preisgab. Der Lage nach dieser Reichstagsung kam schließlich zur Sprache, daß sich die deutsche Regierung durch einen Notenwechsel von vornherein einverstanden erklärt hat, wenn Frankreich die Konsulargerichtsbarkeit in Maroffa

aufheben und eine von der Republik organisierte Justiz an seine Stelle setzen wolle. Nun kann die Konsulargerichtsbarkeit nur durch ein Gesetz aufgehoben werden, und dieses Gesetz kann nur mit Zustimmung des Reichstages zustande kommen! Herr v. Rüdern-Wachter behauptet freilich, er habe für die Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit die Genehmigung des Reichstages vorbehalten — aber dieser Vorbehalt ist rein formaler Natur, er hat praktisch gar nichts zu bedeuten. Tatsächlich hat die Regierung durch ihre „vorbehaltliche“ Zustimmung zur Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit in die Rechte des Reichstages eingegriffen. Sie hätte formell diese Zustimmungserklärung in den Text des Abkommens selbst hineintragen und kann das Abkommen dem Reichstage zur Genehmigung unterbreiten müssen. Statt diesen arabischen Weg zu gehen, hat sie den Krümmen gewählt: sie hat einen integrierenden Teil des Vertrages aus diesem selbst in einen „Notenwechsel“ abgeschoben, um nicht den Vertrag selbst dem Reichstage zur Genehmigung vorlegen zu müssen.

Die französische Presse hatte längst zu melden gesucht, daß Deutschland der Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit zugestimmt habe. Man war darum erstaunt und an manchen Stellen angenehm überrascht, daß der Text des Abkommens nichts über die Konsulargerichtsbarkeit enthielt. Freunde der Regierung wüßten diese Lüge als einen Vorwand des Abkommens und als einen Erfolg der Regierung — die offenbar zu beschneiden war, zu weit zu gehen. Sie verhielt sich während der Reichstagsverhandlungen ganz still, ebenso während der Verhandlungen der Submissionskommission, in denen die Reichstagsmitglieder wurde, und kam erst, als alles vorüber war, mit einem Erdsturm herab, das die Reichstagsmitglieder auf den Vorteil der Reichstagsmitglieder entsetzlich verächtlich verächtlich.

Der Notenwechsel, in dem die Regierung sich mit der Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit einverstanden erklärt, ist nur formell ein Anhängsel, tatsächlich ein wichtiger Bestandteil des Vertrages. Ein Vertrag, in dem sich die Regierung zu einem Verhalten verpflichtet, das sie ohne Zustimmung des Reichstages nicht befolgen kann, bedarf der Zustimmung des Reichstages. In dieser Hinsicht verhalten alle Submissionen, mit deren Hilfe die Regierung das französisch-deutsche Abkommen der einflussreichen Unterstützung des Reichstages zu entziehen versucht hat.

In Bayern Merkmal?

Das bayrische Zentrum kämpft bei den bevorstehenden Landtagswahlen um die Erhaltung seiner Kammermehrheit. Ob es sein Ziel erreichen wird, steht noch dahin. Die Wahlfreieinteilung und das System der relativen Mehrheit verhindert, daß die Volksstimme bei den Wahlen zu reinem Ausdruck kommt — und darauf muß jetzt das Zentrum seine ganze Hoffnung setzen. Denn hinter der merkmalen Kammermehrheit steht keine gleichzeitige Wählermehrheit. Das ist durch die Ergebnisse der Reichstagswahlen schon längst entschieden.

Weber im Jahre 1903 noch im Jahre 1907 gelang es dem Zentrum, die Mehrheit des bayrischen Volkes hinter die schwarze Fahne zu bringen. Beide Male, wie schon früher, blieb die vom Zentrum erreichte Stimmenzahl hinter der Hälfte der abgegebenen Stimmen stark zurück. Die Ergebnisse gestalteten sich folgendermaßen:

Table with 3 columns: Party, 1903, 1907. Rows: Abgegebene Stimmen (978 900 / 1 137 600), Hälfte davon (489 450 / 568 800), Zentrum (422 000 / 569 400), Sozialdemokratie (212 500 / 238 000), Konservative etc. (143 800 / 135 100), Liberale (199 800 / 251 600).

Im Jahre 1913 fehlten also dem Zentrum zur absoluten Wählermehrheit 67 450 Stimmen, im Jahre 1907 59 000. Bei den nächsten Wahlen dürfte sich aber das Stimmenverhältnis wieder weiter zu ungunsten des Zentrums verschieben. Eine bayrische Kammer, in der das

Zentrum die absolute Mehrheit hat, kann demnach, wenn überhaupt, nur zustandekommen gegen den eigentlichen Willen der Wähler.

Die Sammelpolitik im Westen. Aus Essen läßt sich das „Berl. Tagebl.“ schreiben:

Die Versuche, zwischen den Nationalliberalen und dem Zentrum ein Reichstagswahlbündnis über den ganzen Industriebezirk von Düsseldorf bis Hamm hin herbeizuführen, sind endgültig gescheitert. Das Zentrum bestreitet jetzt sogar, daß parteiübergreifende Verhandlungen überhaupt stattgefunden haben. Wir wollen keine Diskussion darüber provozieren. Soviel aber ist sicher, daß gerade auf Seiten des Zentrums der Wunsch, daß das Bündnis zustande kommen möge, besonders lebhaft gewesen ist. Kein Wunder, denn von den in Betracht kommenden sieben Wahlkreisen besitzt das Zentrum gegenwärtig noch drei (Essen, Vorten-Decklinghausen und Hamm-Soest), die Nationalliberalen keinen; es ist also allein das Zentrum, das noch etwas zu verlieren hat. Ich weiß u. a. auf das bestimmteste, daß die Zentrumselemente in Dortmund und eine Teilung des Planerz, im Wahlkreis zwei Zentrumskandidaten aufzustellen (einen in Dortmund-Stadt, den anderen in Dortmund-Land und im Kreise Hörbe), damit keiner von beiden in die Stichwahl komme, sondern der Nationalliberale. Selbstverständlich hätten dem Zentrum entsprechende Kompensationen gewährt werden müssen. Es ging hierbei von der Erwägung aus, daß ein Zentrumskandidat in der Stichwahl auf bedeutend weniger nationalliberale Stimmen rechnen könnte, als im umgekehrten Fall ein Nationalliberaler auf Zentrumsstimmen, dank der größeren Geschlossenheit und Parteizucht des Zentrums. Das Bündnis aber doch wohl auf großen Widerstand der Arbeiterschaft im Zentrum.

Es wäre immerhin ein gutes Zeichen, wenn die christlichen Arbeiter wenigstens schon so weit wären, sich nicht als Sturmbock gegen ihre sozialdemokratisch gesinnten Klassen-genossen mißbrauchen zu lassen. Aber das ultramontane liberale Bündnis ist in Wirklichkeit ja noch gar nicht gescheitert, sondern bloß bis nach den Hauptmothen vertagt! Derselbe Berichterstatter fährt nämlich fort:

In allen anderen Wahlkreisen sind nunmehr sowohl die Kandidaten des Zentrums wie die der Nationalliberalen endgültig nominiert, und damit ist die Frage der gegenseitigen Unterstützung für die Stichwahl aufgegeben. In Essen hat der nationalliberale Kandidat, Gymnasialdirektor Dr. Steinicke, in seiner Kandidaturrede bereits offen erklärt, daß die nationalliberalen Stimmen in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten, das heißt für das Zentrum abgegeben werden müßten. Es fragt sich aber immerhin, ob Herr Steinicke soviele Zustimmung mit den Wählern hat, um sich für ihre Abstimmung in der Stichwahl verbürgen zu können. Und so ist es in allen Wahlkreisen. Die Parteieinigungen mögen Baronen ausgeben, aber die Wähler werden sich nicht viel darum kümmern. Nach alledem ist der Industriebezirk sowohl für die schwarze Merkale, als für die blaue industriekonservative Reaktion so gut wie verloren.

Nach dem 12. Januar wird sich zeigen, ob dieser Optimismus berechtigt ist. Die Sozialdemokratie kann es mit Ruhe abwarten. Die Aufklärung, die durch das Zustandekommen eines bürgerlichen Kludelmuddels im weentlichen Industriebezirk in die Massen getragen würde, wäre für sie vielleicht wertvoller als der Gewinn einiger Mandate. Auch im Westen muß die Sammelpolitik eines Tages schließlich daselbe Ergebnis zeitigen wie in Sachsen 1903.

Eine dumme Frage stellt die „Schles. Volksztg.“ im Anschluß an die Auflösung des bayrischen Landtags, indem sie schreibt:

„Was hat denn die Regierung mit der Auflösung bezweckt? Angenommen, das Zentrum würde geschwächt, was bliebe dann im günstigsten Falle übrig? Eine liberal-sozialdemokratische Mehrheit. Will man mit dieser das katholische bayerische Volk regieren? Augenscheinlich ja; es wäre das auch nur eine Konsequenz aus dem bisherigen Verhalten der bayerischen Regierung.“

Wenn das „katholische bayerische Volk“ sich eine liberal-sozialdemokratische Mehrheit wählt, dann will es offenbar von ihr regiert sein, weshalb also die dumme Frage? Das katholische Volk von Italien, Frankreich, Portugal und der

Die letzten Tage von Pompeji.

Von E. Bulwer.

Julia wurde jetzt, durch den Wein erhitzt, immer mehr und ausgelassener, sie lachte laut und sprach über hundert verächtliche Gegenstände, und es war schon nach Mitternacht, als sie ihre Klagen rief und sich ausbleiben ließ. Als diese wieder entlassen waren, sagte sie zu Rhoda: „Ich will diesen heiligen Traum nicht von mir lassen, bis die Stunde meines Wegganges kommt. Stehe hier unter meinem Kopfkissen, glühender Geist, und gewähre mir quälende Träume!“ Mit diesen Worten legte sie das Häubchen unter ihr Kissen. — Rhodas Herz klopfte gewaltig. — Rhoda trank du doch Wasser, Rhoda? — Trinke es doch mit Wein.“ „Ich habe ein kleines Fieber“, erwiderte das blinde Mädchen, „und das Wasser hilft mir nicht — ich will diese Wassertränke neben mein Bett stellen, damit ich mich erfrischen kann, wenn der Schlaf mich wieder verläßt. — Ich will diese Tränke neben mich lassen, bis die Stunde meines Wegganges kommt.“ — Rhoda dankt! — Wenn wir uns wieder sehen, wird du mir das Wasser bringen.“ Sie legte sich nieder und Julia, durch die Anstrengungen des Tages ermüdet, schlief bald ein; aber unbehagliche Gedanken beschäftigten das Gemüt der Theophrastin. Sie dachte auf das liebe Antlitz der Julia, und ihr feines Ohr verführte sie bald, daß ihre Gesährin in tiefen Schläfe liege. „Nicht heute mir bei, Rhoda?“ sagte sie leise. Sie erhob sich vorsichtig aus dem Bett, goß die wohlriechende Weihrauches aus dem Fäßchen, welches Julia ihr verleiht hatte, auf den marmornen Boden; pflügte es sorgfältig nach, und als das Wasser aus, welches neben ihr stand, und als sie wie der Tag, griff sie mit zitternder Hand unter das Kopfkissen, und bemerkte sich des Geheimnisses. — Julia bedachte sie nicht, ihr Kissen nicht wieder zu bewegen, Rhoda betrachtete das Fäßchen, goß dessen Inhalt in das Wasser, welches sie beugem sollte, und hob es mit ihr auf. Der Wasser wieder, legte sie es leicht auf seine frühere Stelle, und wusch sich die Hände an Rhodas Bett, und erwiderte: „Nicht heute mir bei, Rhoda?“ sagte sie leise. Sie erhob sich vorsichtig aus dem Bett, goß die wohlriechende Weihrauches aus dem Fäßchen, welches Julia ihr verleiht hatte, auf den marmornen Boden; pflügte es sorgfältig nach, und als das Wasser aus, welches neben ihr stand, und als sie wie der Tag, griff sie mit zitternder Hand unter das Kopfkissen, und bemerkte sich des Geheimnisses. — Julia bedachte sie nicht, ihr Kissen nicht wieder zu bewegen, Rhoda betrachtete das Fäßchen, goß dessen Inhalt in das Wasser, welches sie beugem sollte, und hob es mit ihr auf. Der Wasser wieder, legte sie es leicht auf seine frühere Stelle, und wusch sich die Hände an Rhodas Bett, und erwiderte: „Nicht heute mir bei, Rhoda?“ sagte sie leise.

ihm nicht; ihr Gemüt war verwirrt und abwesend und jeder Gedanke, den sie erfasste, war eine Leidenschaft. Sie hätte die heilige Morgenluft auf ihren Wangen, ohne daß die schlagenen Pulse Abklung empfanden hätten. — „Glaubst“, sprach sie bei sich selbst, „die unüberwindlichen Todebesäuber können meine Liebe zu dir nicht erhöhen — aber — doch nein, keine Neue, keine Gewissensbisse — Glaubst, dein Fäßchen bestimmt mein Schicksal, und dein Los! — o Hoffnung! o Freude! o Entzücken! dein Los ist in diesen Händen!“

29. Kapitel.

Bemerkungen über den Eifer der ersten Christen. — Zwei Männer hatten einen gefährlichen Entschluß. — Hände haben, Oher, besonders heilige Hände. Wer die frühere Geschichte des Christentums beobachtet, wird sich überzeugen, wie notwendig für dessen Erfolge jener Eifer war, der, keine Gefahren fürchtend, der Gnade selbst trotzend, keine Anführer begehrte und keine Wärtner zum Tode begleitete. Die gute Sache einer herrschenden Straße wird durch den Geist der Unablässigkeit getragen, woogen dieser Geist eine schwache und verlorene Kirche unterstützt. Es war notwendig, den Glauben anderer zu beherzigen, zu verpöten, zu verfolgen, um den Verfassungen, die er darbot, zu entgegen; es war unumgänglich notwendig, zu glauben, nicht allein, daß die Heilige Schrift den wahren Glauben, sondern daß sie auch den einzigen heiligmachen Glauben enthalte, um den Bekehrten zu führen für die Strafe dieser neuen Lehre, und ihn zu der heiligen, aber gefährlichen Unternehmung anzufeuern, die Heiden und die Polytheisten für das Christentum zu gewinnen. Jeder Selbstergriff, der die Tugend und den Himmel nur für die Annehmlichkeiten des irdischen, der andere Güter für böse Geister erklärte, und alle Nichtchristen mit den Qualen der Hölle bedrohte — machte es dem Gläubigen natürlich zur Pflicht, alle für seinen Glauben zu gewinnen, an welche die Bande menschlicher Neigungen ihn fesselten; und der durch das Wohlwollen gegen die Menschen gezogenen Kreis wurde noch mehr durch das Streben erweitert, auch diejenigen zu gewinnen, die die Heiden und die Polytheisten für das Christentum zu gewinnen. Jeder Selbstergriff, der die Tugend und den Himmel nur für die Annehmlichkeiten des irdischen, der andere Güter für böse Geister erklärte, und alle Nichtchristen mit den Qualen der Hölle bedrohte — machte es dem Gläubigen natürlich zur Pflicht, alle für seinen Glauben zu gewinnen, an welche die Bande menschlicher Neigungen ihn fesselten; und der durch das Wohlwollen gegen die Menschen gezogenen Kreis wurde noch mehr durch das Streben erweitert, auch diejenigen zu gewinnen, die die Heiden und die Polytheisten für das Christentum zu gewinnen. Jeder Selbstergriff, der die Tugend und den Himmel nur für die Annehmlichkeiten des irdischen, der andere Güter für böse Geister erklärte, und alle Nichtchristen mit den Qualen der Hölle bedrohte — machte es dem Gläubigen natürlich zur Pflicht, alle für seinen Glauben zu gewinnen, an welche die Bande menschlicher Neigungen ihn fesselten; und der durch das Wohlwollen gegen die Menschen gezogenen Kreis wurde noch mehr durch das Streben erweitert, auch diejenigen zu gewinnen, die die Heiden und die Polytheisten für das Christentum zu gewinnen.

ter. Derselbe Enthusiasmus, welcher den Christen des Mittelalters grausam und bigott machte, bildete den Christen der ersten Zeit zu einem Helden ohne Furcht. Unter diesen ernsten, kühnen und stolzen Naturen gehörte Othmus mit zu den kühnsten. Raum war Apäides durch die Gebürde der Taufe in die christliche Gemeinschaft aufgenommen worden, als der Kagarener ihm begreiflich machte, daß er jetzt seinen Kristentum aufgeben müsse. Es war einleuchtend, daß, wenn er den wahren Gott anbetete, er selbst äußerlich nicht die Altäre des bösen Feindes länger ehren durfte. Doch dieses war noch nicht alles; Othmus glaubte gerade dieser Priesterhand des Apäides könne ein Mittel werden, um das getäufte Volk über die verführerischen Orakel der Isis anzuklären. Es schien ihm, der Himmel habe dieses Werkzeug seiner Absichten geschickt, um die Augen des Volkes für das wahre Licht empfänglich zu machen, und um vielleicht die Bekehrung der ganzen Stadt vorzubereiten. Er nahm daher nicht Anstand, durch die ersten Entwürde übermäßigster Begeisterung auf den Mut und den Eifer des Apäides zu wirken. Sie kamen, wie sie es vorher verabredet hatten, am Abend nach der Taufe des Priesters der Isis in dem Garten der Ephele, den wir schon früher beschrieben haben, zusammen. Bei der nächsten feierlichen Befragung des Orakels“, sagte Othmus, „tritt du selbst an das Gefährde vor, der Hände laß dem Volke den Beitrag, den man sich erlaubt — fordere es auf, einzutreten und selbst Zeuge der großen, wenn auch kläglichen Täuschung zu sein, welche du mir beschriebest. Ich fürchte nichts — der Herr, der den Dandel beschickte, wird auch dich in seinen Schutz nehmen; wir — die Christengemeinde, werden unter der Menge sein; wir wollen die Zuschauer anreizen; und ich selbst werde, bei dem ersten Ausbruch des Mut und der Beschämung im Volke den Palmzweig des Simeon bilden der Heiligen Schrift, auf jenen Altar pflanzen — und meine Junge wird besetzt werden durch den heiligen Geist des lebendigen Gottes!“ Bei seiner Aufregung war Apäides dieser Vorschlag nicht unangenehm. Er freute sich, so bald eine Gelegenheit zu finden, sich in dieser neuen Sache durch kräftiges Handeln auszuzeichnen, und zu seinen heiligsten Antrieben kam auch das Gefühl der Rache über die Täuschungen, deren Opfer er selbst gewesen war. In jener übermäßigsten Begeisterung aller Heiden glaubte (eine, für alle kühnen und gefährlichen Unternehmungen notwendige Voraussetzung) bemerkte weder Othmus noch der Bekehrte alle Schwierigkeiten, die dem Gelingen ihres Planes entgegenstanden, und die am meisten durch den ehrwürdigen Überglauben des Volkes selbst beengt werden mochten, das vor dem gewöhnlichen Wahren der großen ägyptischen Göttin dem Zauber ihres eigenen Priesters wohl kaum geglaubt haben würde.

Schweiz hat sich ja noch ganz andere Änderungen seiner Regierung erlaubt, da wird das bayerische auch an der liberal-sozialdemokratischen Mehrheit nicht sterben.

Der Budgetkommission des Reichstages wurde heute folgender, bisher geheimgehaltener Zusatz zum deutsch-französischen Abkommen vom 4. November 1911 bekanntgegeben:

Zu einem Notenwechsel zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Räderlen-Wächter und dem Vizepräsidenten der französischen Republik, Herrn Cambon, ist zum Ausdruck gebracht worden, daß, falls Deutschland von Spanien Spanien-Guinea, die Insel Corceira und die Melanien-Inseln zu erwerben wünschen sollte, Frankreich bereit ist, zu Deutschlands Gunsten auf die sich aus dem französisch-spanischen Vertrage vom 27. Juni 1901 ergebenden Vorzugsrechte zu verzichten.

Dagegen hat Deutschland erklärt, sich nicht an weiteren Abmachungen beteiligen zu wollen, die Frankreich und Spanien etwa miteinander in Marokko treffen sollten. Es herrsche dabei Übereinstimmung darüber, daß unter Marokko derjenige Teil von Nordafrika zu verstehen ist, der zwischen französisch- Westafrika und der spanischen Kolonie Rio de Oro liegt.

Der Staatssekretär gab vertrauliche Mitteilungen zu den Abmachungen, die durch diesen Zusatz getroffen worden sind. Es legte dann eine längere Debatte über den Wert oder die Bedeutung solcher Vorzugsrechte ein.

Die Abgeordneten Debel und Ledebour griffen hierbei das Verhalten der Regierung bei der Gestaltung des deutsch-französischen Abkommens, sowie die famose „Pipelpolitik“ in Afrika an. Die Nationalliberalen gaben ihrer Unzufriedenheit darüber Ausdruck, daß auch bei dem Kongo-Abkommen Deutschland so schlecht abgeduldet habe. Staatssekretär von Räderlen-Wächter geht auf eine Anfrage auf die Meldungen französischer Zeitungen ein, die behaupten, daß Deutschland habe in Marokko Sonderrechte gefordert. Der sei nicht der Fall, Deutschland habe nur in Bezug auf Bahnlinien und auf die Beteiligung von französischen Firmen an Bahnbauten bestimmte Abmachungen und Garantien verlangt, die in gewisser Beziehung auch erfüllt worden seien.

Am Ende der Verhandlungen erklärte Staatssekretär v. Räderlen-Wächter, daß er morgen in der Kommission eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der Marokko-Affäre und aller dazu gehörigen Fragen geben werde.

Im Schlußabsatz des Reichstages wurde bestimmt, daß in der Woche vom 19. bis 26. November keine Plenarsitzungen des Reichstages stattfinden. In dieser Zeit sollen die Kommissionen arbeiten. Die am 27. November beginnende Sitzung wird sich zunächst mit dem Hilfsstellengesetz beschäftigen. Im Anschluß daran sollen behandelt werden: die zweite Lesung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Bericht der Budgetkommission über zu dem Marokkoabkommen gestellte Anträge.

Dann gedenkt man bis zum 2. Dezember folgende dritte Beratungen zu erledigen: den Gesetzentwurf über die Schiffahrtsgesetze, das Hausarbeitsgesetz, das Gesetz über die Gewerbeordnung (§ 114a), den Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Japan, den Auslieferungsvertrag mit England, den Noten- und Wechselvertrag mit Japan über Konsulatwesen und die Handelsbeziehungen zum britischen Reich.

Der Gesetzentwurf über die Errichtung eines Kolonial- und Konsular-Gerichtshofes soll fallen gelassen werden.

In dieser Woche wird beabsichtigt, noch zu erledigen: die zweite Lesung des Schiffahrtsgesetzes, die zweite Lesung des Hausarbeitsgesetzes und des § 114a der Gewerbeordnung usw.

Das Angestelltenversicherungsgesetz. Die Reichs-Versicherungs-Kommission nahm in der Abend Sitzung vom Donnerstag den Entwurf des Angestellten-Versicherungsgesetzes in zweiter Lesung an.

Die preussischen Junker für das bayerische Zentrum. Für den Sieg des Zentrums in den bayerischen Landtagswahlen betet niemand inbrünstiger als das evangelisch-lutherische Organ des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“. Die schreibt:

Das Zentrum glaube, daß der Verkehrsminister nicht entschieden genug gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen aufträte und daß er der gegen die Sozialdemokratie gerichteten Wirksamkeit der christlichen Verbände nicht das erforderliche Wohlwollen entgegenbringe. Auch wir haben bisweilen darüber, daß unseres Erachtens der Verkehrsminister in der Behandlung der sozialdemokratischen Agitation unter den Eisenbahnern nicht die nötige Entschiedenheit gezeigt habe. Wir müßten somit anerkennen, daß der sachliche Standpunkt des Zentrums berechtigt war.

Die politische Stellung der „Deutschen Tageszeitung“ wird durch zweierlei Tatsachen gekennzeichnet: erstens ist dieses Blatt unseres Wissens das einzige in Deutschland, das konsequent für die Wiedereröffnung der Brage steht und zweitens vertritt es als seine Lieblingslehre den Satz, daß die Sozialdemokraten außerhalb der Verfassung stehen und daher von allen verfassungsmäßigen Rechten ausgeschlossen sein müßten. So vollzieht sich das Bündnis der frommen Umsturzfeinde von Nord und Süd nicht im Zeichen des Kreuzes, sondern im Zeichen der Krone!

Dehdebrand, ein echter Zentrumschiff. Das Berliner Zentrumsblatt, die „Germania“, polemisiert gegen einen Bericht des „Berliner Tageblatts“ über die letzte Dehdebrand-Versammlung in Frankfurt a. Oder und schließt ihre den ultrareaktionären Junkerführer verherrlichenden Ausführungen mit diesen Satz:

Aber es war doch ein jubelnder Beifall, der ihn oft in der kaum zehn Minuten langen Rede unterbrach, weil er eben in seiner Rede die christliche Worte an die Zuhörer richtete, für welche allerdings das Berl. Tagbl. noch nie das richtige Verständnis befaßen hat.

Der ewangelische Junker Dehdebrand wird hier den erstauften Lesern als echter Zentrumschiff vorgestellt. Sehr schmeichelhaft für Herrn v. Dehdebrand, wie für das Zentrumschiffstuntem! Gleich kennzeichnend für beide!

Für den Wähler Dr. Diederich Dahn will das Zentrum im Wahlkreise Lehe-Großmünde gleich bei der Hauptwahl eintreten. Ganz wie bei Dertel, Dehdebrand, Richtofen und Oldenburg-Januschau.

Die rechtsstehenden Parteien der Provinz Hannover werden am 26. d. Mts in Hannover tagen. Folgende Herren haben die Referate übernommen: 1. Exzellenz v. Kröcher: Die politische Lage. 2. Exzellenz Generalleutnant v. Liebert: Die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien. 3. Reichstagsabgeordneter Lattmann: Unsere Kolonialpolitik. 4. Dr. Diederich Dahn: Steuer- und Wirtschaftspolitik. — Dehdebrand ist stille geworden.

Zentralratsgericht für das Baugewerbe. Eine Petition des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und der beim Zentralratsgericht beteiligten Zentralverbände der Arbeiterschaft liegt dem Reichstage vor und spricht den Wunsch aus, es möchte die Reichsstaatskassa die Ausgaben bestreiten, welche durch die Tätigkeit der ernannten Unparteiischen entstehen. Die Petition wurde auf Antrag des Abg. Schwarz-Über dem Reichskanzler zur Verurteilung übergeben, gegen die Stimmen zweier Mittelstandsvertreter des Zentrums. Der Vertreter des Reichsamtes des Innern vertrat auf dem Standpunkte, den das Reichsamt des Innern am 2. Februar 1910 in der Budgetkommission der Frage gegenüber eingenommen hatte, ob die Errichtung der Tages- und Reichsgerichte auch anderen als den vom Reichsamt ernannten sachverständigen Staatsbeamten gewährt werden soll; man würde sonst nur veranlassen, daß auch noch andere Institutionen mit dergleichen Wünschen kommen.

Vom Reichertsen Schwarz und den Abgeordneten Gering, Wiebeking, Gano und Link wurde den Bedenken des Regierungskommissars, dem sich auch der Zentrumsabgeordnete Höhring namens der zu schonenden Steuerzahler des Mittelstandes angegeschlossen hatte, die richtigen Gründe für eine einheitliche Verteilung der Schiedsrichter aus Reichsmitteln entgegengehalten. Der Kostenpunkt soll nach der Berechnung der Petition höchstens 4000 Mark betragen; können einmal in späterer Zeit andere Zentralinstanzen hinzu, so würde am Ende höchstens ein Betrag von 9000 Mark aus der Reichsstaatskassa aufzubringen sein. Als Zeichen der wachsenden Inanspruchnahme des Zentralratsgerichts wurde besetztweise angeführt, daß in den Sitzungen vom Februar und März d. Js. jeweils an drei Sitzungen 185 Fälle aus 150 Orten des Deutschen Reiches verhandelt worden sind. Die Petition kann noch im Plenum des Reichstages erledigt werden, falls sich niemand dabei zum Worte meldet; denn fruchtlose Sachen bleiben jetzt von der Tagesordnung weg.

### Ausland.

Die portugiesischen „Royalisten“ gaben der Welt Kunde von ihrem „Ultimatumprogramm“: Sobald das Wetter es erlaubt, werden die Operationen wieder aufgenommen. Gegenwärtig steht der ganze Norden des Landes unter Waffen. Mittlerweile werden alle Vorkehrungen getroffen, um einen Erfolg zu sichern. Prinz Miguel von Braganza reiste nach Paris und London, wo es ihm gelang, neue Anleihen in der Höhe von fünfzig Millionen Kronen zu kontrahieren. Die Rückzahlung dieser Schuld wurde durch die reichen, im Ausland lebenden Royalisten gewährleistet. Ein Teil dieser Summe ist zum Ankauf neuer Ausrüstung für die Truppen und von Waffen und Munition bestimmt; ferner sollen dreißig Maschinengewehre und zwanzig Feldgeschütze erworben werden, 1500 Pferde und 500 Kavaliere. Das russische Komitee kaufte in den letzten Tagen in Galizien in verschiedenen Städten eine ganze Menge Schuhe und Stiefel und wozuer Kleidung sowie andere Winterausstattungsgegenstände für Truppen auf. Von der neuen Anleihe wurde ferner die letzte Rate des Kaufpreises der drei royalistischen Kriegsschiffe bezahlt.

Die republikanische Regierung vertraut auf die Treue ihrer Truppen, die allmählich um Lissabon konzentriert werden. Statt wie bisher die Grenzbeobachtung zu verstärken. Diese Maßnahme wird mit finanziellen Erwägungen begründet.

Die Zahl der Slaven. Prof. L. Florinski in Kiew hat eine ethnographische Karte des Westslawentums und von Westrussland herausgegeben, die in einer Beilage die Gesamtzahl der slavischen Nationalitäten wie folgt aufzählt: 110.000.000 Russen und zwar 69.500.000 Großrussen, 39.100.000 Ruthenen und 1.400.000 Weißrussen.

22.070.000 Polen (einschl. 370.000 Kasuben)  
9.773.000 Serbokroaten  
7.500.000 Tschechen  
2.740.000 Slowaken  
1.500.000 Slowenen  
157.000 Kaufmänner Serben.

Von den Polen wohnen 9.800.000 in Rußland, 4.000.000 in Österreich, 4.1.200.000 (einschl. von 222.000 Kasuben) im Russischen Reich, 8.118.000 in Amerika und 100.000 in anderen europäischen Ländern.

Die Auflagen gegen den Stahlruß. Die Klage mit dem Antrag auf Auflösung, die die Bundesregierung bei dem Bundesgericht in Trenton, New Jersey, gegen den in diesem Staate inkorporierten Stahlruß eingereicht hat, sieht sich in erster Linie auf die von dem Trust unternommene Monopolisierung der Industrie unter Ausschluß der Konkurrenz, in zweiter auf die von ihm betriebene „Verwässerung“ seines Kapitals durch Ausgabe einer Ueberzahl, über die wirklichen Aktien weit hinausgehender Aktien, die eine übertriebene Preisbemessung, heftige Erzielung großen Gewinns auf das gesamte nominelle Kapital, zur Folge hatte. Angeklagte sind 37 Gesellschaften: die United States Steel Corporation und die mit ihr verbundenen, die E. P. Drexler und 17 Direktoren. Darunter sind J. P. Morgan, Carnegie, drei Brüder Hill, Ch. M. Schwab, Rockefeller jr.

Es wird gezeigt, wie die U. S. Steel Corp. nach ihrer Eintragung am 1. April 1901 das Kapital von 20 Millionen Aktien mit zusammen 1.402.346.000 Dollars (rund 5890 Millionen Mark) vergrößerte. Inzwischen war davon viel Wasser, d. h. durch den Wert der wirklich vorhandenen Produktionsmittel nicht gerechtfertigtes, rein den erwarteten Zukunftsgewinn ausdrückendes Kapital. Nach der amtlichen Schätzung war der wirkliche Sachwert nur rund 700 Millionen, mithin die volle Hälfte „Wasser“. Selbst jetzt, wo das Kapital 1486 Millionen Dollars beträgt, nimmt der Bericht den auf 1693 Millionen angegebenen Wert der Aktien tatsächlich um 500 Millionen geringer an, so daß noch jetzt fast ein Viertel des Aktienkapitals „Wasser“ wäre. Auf das wirklich vorhandene Kapital rechnet er in 10 Jahren eine Durchschnittszunahme von 12 Prozent, die in den nächsten Jahren nicht unter 7,6 Prozent sank. Bei dieser riesigen Ueberzahlung der eingetragenen Werte, insbesondere der Carnegie-Gesellschaften, begreift sich die Verlegenheit dieses Riesenkonzerns, der bis heute mit all seiner „Wohlthatigkeit“ noch nicht imstande gewesen ist, auch nur die Zinsen seines erlaubten Kapitals zu verausgaben.

Die Macht des Trusts beruht auf der Herrschaft über den größten Teil der Produktion, wenn auch von einem wirklichen Monopol keine Rede ist, und insbesondere über die Rohmaterialien. Nach Prof. S. Leeb verfügt der Trust über 75 Prozent der Erträge des Nordgebietes, dazu über die dazu gehörigen Eisenbahnen.

### Parteiangelegenheiten.

Wieder ein Lehrer als sozialdemokratischer Redakteur. Die „Bremer Bürgerzeitung“ hat den Genossen Johann Knieß, der sich gegenwärtig noch als Lehrer im Staatsdienst befindet, zu ihrem zweiten politischen Redakteur gewählt. Innerhalb zweier Jahre ist das der dritte bremische Lehrer, der als Redakteur in unsere Parteipresse eingetreten ist. Wer da weiß, wie sehr gerade im angeblich „freien“ Bremen die Beamten in ihrer politischen Betätigung von der Behörde heimlich überwacht und schikaniert werden, der wird begreifen können, wie gern unser Genosse den Schulmeisterrod an den Nagel hängen wird.

### Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

#### Graf Oppersdorff an seine Wähler.

In einem Flugblatt: An die Wähler der Kreise Glatz und Wabersdorf, das demnächst verteilt wird, rechnet der Zentrumsabgeordnete Graf Oppersdorff, der dort nicht wieder aufgestellt wurde, mit seinen Wählern ab. Die schwersten Vorwürfe, die ihm gemacht worden sind, alpin darin, daß er den Wähler zu freundschaftlichem gegenseitigen und insbesondere den Großpolen Versprechungen gemacht habe, die mit dem Programm des Zentrums nicht in Einklang zu bringen seien. Ferner seine vom Zentrum abweichende Abstimmung in der elsassischen Verfassungsfrage. Hierzu betont Graf Oppersdorff, daß seine Haltung zum Sprachenparagrafen von einer großen Zahl Zentrumsabgeordneter geteilt wurde. Er habe weiter nichts getan, als an dem oft verhandelten Zentrumsgrundgesetz festgehalten, daß es ein Naturrecht des Menschen sei, an der Erziehung und Ausbildung seiner Muttersprache nicht verhindert zu werden. In kräftiger Sprache sagt dann der Zentrumsgraf seinen bisherigen Freunden seine Meinung. Die Epistel schließt: „Nenne mir dein Mittel, und jeder sagt Dir, wor Tu bist.“

### Einer, der ein Rückgrat hat.

In einer Grünberger Zeitung erläßt ein Saalbesitzer aus der Umgegend eine Bekanntmachung, die wir allen anderen Saalbesitzern zur Nachahmung empfehlen. Sie lautet:

#### Bekanntmachung.

Allen interessierten Kreisen gestalte ich mir hierdurch die ergebene Mitteilung zu machen, daß ich zur kommenden Reichstagswahl meine Stimmabgabe

#### jeder

Partei ohne Unterschied zur Verfügung stelle. Ich treffe diese Maßnahme aus geschäftlichen Rücksichten, da ich bei keiner Partei Anstoß erregen möchte.

#### E. Habianke,

Wahllohnbesitzer in Grünwald.

Brieg, 17. November. Das neueste auf dem Gebiete der Betriebsmeterei ist sicher ein „Kirchenheizungsverein“, der hier vor wenigen Tagen sein Ziel erreicht hat, nachdem er seine Aufgabe, eine Heizungsanlage für die evangelische Kirche zusammenzufassen, erfüllt hat.

Arnstadt i. Schl., 14. November. Auch ein „Rottleinder“. Der Majoratsherr Georg von Krafft auf Schloss Frankenthal hat in Böhmen Waldungen im Umfang von 3.000 Hektar für 1.485.000 Kronen gleich 1.200.000 Mk. angekauft.

Schweidnitz, 17. November. Der Ein- und Ausschacher Styr vor Gericht. Der 24 Jahre alte Maurer Franz Styr aus Rönitz, Kreis Meitz. dt. Os., der schon ganz erheblich vorbestraft ist, stand vor der hiesigen Strafkammer wegen eines am 6. März d. J. im Gasthof zum preussischen Hof ausgeführten Einbruchsdiebstahls. Styr, der zur Zeit eine 3jährige Buchhausstrafe verbüßt, war angeklagt, das Urteil lautete auf 3 Jahre Buchhaus, 5 Jahre Ehrverlust und Polizeiaussicht.

Bieschberg, 17. November. Die beleidigte Polizei. Ein Beleidigungsprozess mit politischem Hintergrund kam in der letzten Strafkammer Sitzung zur Verhandlung. Im 27. August d. Js. fand in Bieschberg eine öffentliche Versammlung statt, in der für die Gründung eines Konsumvereins in Bieschberg Propaganda gemacht wurde. Obwohl keine politischen Angelegenheiten erörtert werden sollten und auch nicht erörtert worden sind, zeigte der Veranstalter die Versammlung an und verlangte auch eine Beilegung über die erfolgte politische Anmaldung, wie dies nur bei politischen Versammlungen vorgeschrieben ist. Der Polizeiwachtmeister Redlich ging daraufhin in die Versammlung, um sie zu überwachen. Der Polizeibeamte, der in dem Glauben war, er habe dazu eine Berechtigung, wie die in der Versammlung anwesenden jugendlichen Personen hinaus. Nach dem neuen Vereinsgesetz ist aber nur bei öffentlichen politischen Versammlungen und bei Sitzungen politischer Vereine jugendlichen Personen der Zutritt verboten. Der Gauleiter des Fabrikarbeiter-Verbandes, Genosse Kowalitz-Breslau, der als Referent in dieser Versammlung anwesend war, kritisierte das Vorgehen des Beamten und gebrauchte dabei den Ausdruck „Polizeimeinung“. Das Schöffengericht sah in dieser Äußerung des K. eine Beleidigung des Polizeibeamten und erkannte gegen K., weil dieser schon einmal wegen Beleidigung der Polizei mit 50 Mark Geldstrafe vorbestraft ist, auf eine Woche Gefängnis. Gegen das Urteil legte K. Berufung ein. Er führte zu seiner Verteidigung an, daß der Polizeibeamte nach seiner Ansicht gegen das Vereinsgesetz verstoßen habe und nur dies wollte er zur Sprache bringen. Die Absicht einer Beleidigung habe ihm fern gelegen. Die Strafkammer war aber gleichfalls der Ansicht, daß in der Äußerung des K. eine strafbare Beleidigung des Polizeibeamten enthalten ist, besonders in dem Ausdruck „Polizeimeinung“. Doch wurde die erkannte Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 90 Mark umgewandelt. Die Strafkammer stellte fest, daß diese Äußerung des K. eine formelle Beleidigung des Polizeibeamten ist, und deshalb wurde in der Urteilsbegründung auch auf die Frage, ob sich das Verhalten des Polizeibeamten mit dem Vereinsgesetz vereinbaren läßt, leider nicht eingegangen.

Siegershausen, 17. November. Die letzte Rettung. Mittwoch nachmittag wurde im Walde von zwei Holzhammer der 60 Jahre alte frühere Kaufmann und Handschuhmachtfaktor Th. Langer erhängt aufgefunden. Vormittags wurde er noch auf der Woll gesehen. Durch Spekulationen hatte er sein Vermögen verloren und das Handschuhgeschäft ging schlecht. Er verriet in Nahrungsorgen, die ihn zum Selbstmord trieben.

*Nachdem ich von  
Kaufmanns Wohlgefallen  
meiner von Linnus und  
Wohlgefallen weiß.*

*Nachdem ich weiß!*

Rechtsanwältin Frau Dr. W. H. H. — Redaktion und Geschäftsstelle: — Druck von G. Schmidt, G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Druck 2. Auflage.



Breslauer Nachrichten.

Breslau den 17. November.

Geschichtskalender.

18. November.

1827 Der Erzähler Wilhelm Hauff in Stuttgart †.  
1838 Der Mediziner Casar Lombroso in Verona †.

Die sozialdemokratischen Wahlmänner

werden erlucht, Montag vormittags pünktlich in dem Wahllokale zu sein, das ihnen der Wahlkommissar angegeben hat. Jeder Wahlmann hat sich so einzurichten, daß er den ganzen Tag im Wahllokale anwesend ist. Die Einladung des Wahlkommissars ist mitzubringen.

Stadlverordneten-Versammlung.

Eine reiche Zuhörerschaft füllte gestern die Galerie des Stadlverordnetenkaales, erwartete man doch eine ergiebige Debatte über die Gaspreise, die aber auf die nächste Sitzung verschoben wurde, da erst eine Reihe von Vorlagen ihrer Erledigung finden müssen. Zweimal kam es dabei zu einer Verwirrung über die Ehrengabe an die Veteranen, dann über den Antrag Jeron, betreffend die Herabsetzung der Gaspreise. Der Magistrat wollte die Veteranen mit einem Einkommen bis zu 1200 Mark steuerfrei lassen und glaubte sich dadurch der Pflichten gegen sie ledig; da aber dabei gerade die ärmsten Veteranen, nämlich die ohne steuerpflichtiges Einkommen, unberücksichtigt geblieben wären, hatte Genosse Neulirch beantragt, ihnen bis zur reichsgesetzlichen Versorgung eine Weihnachtsgabe von 30 Mark zu überreichen. Diesem Antrage schloß sich der Referent, Stadlverordneter Kaiser, an und er fand auch schließlich, nachdem der Oberbürgermeister etwas daran heinzuwirken wollte, einstimmige Annahme.

Nicht so glatt ging das Geschick um die Herabsetzung der Gaspreise, das Stadlverordneter Jeron mit einem Magelied über die Not der Hausbesitzer und Schwerbetrieblenden eröffnete — eine Not, die fast sämtlich durch den schwarz-blauen Floß über diese Schicht heraufbeschworen wurde. Genosse Löbe beantragte, in erster Linie die Abschaffung der Gasmessermiete ins Auge zu fassen, da sie die kleinen Verbraucher unverhältnismäßig belastet. Stadlrat Birg suchte den Antrag durch Einführung gewaltiger Zählkolonnen zu Fall zu bringen, während der Oberbürgermeister und der Rämmerer mit einer Steuererhöhung zu schrecken suchten. Herr Schönsfelder, der sich dem Wunsche der Antragsteller anschloß, wandte sich gegen den Einheitspreis und erhielt vom Magistratsrat entsprechende Zusicherungen. Stadlverordneter Welle sprach sich scharf für Ermäßigung der Preise und Abschaffung der Miete aus. Mit einer kleinen Mehrheit wurden beide Anträge dem Staatsrat überwiegen; es schickte nicht viel, dann wären sie gleich im Plenum angenommen worden. Über den Verlauf der Sitzung teilen wir noch folgendes mit:

Veteranenfürsorge.

Stadlrat Kaiser (kont.): Als im vorigen Jahre die Vorlage den Ausschuss beschäftigte, stand ein Reichsgesetz in Aussicht, das den Veteranen helfen sollte. Da man nicht wußte, was es bringen würde, wurde die endgültige Regelung durch die Stadt verschoben. Darüber, daß die Veteranen hilflos sind, besteht wohl nirgends ein Zweifel. Ich bitte, die Vorlage des Magistrats anzunehmen, zumal auch in einer Reihe anderer Städte ein solcher Steuererlaß erfolgt ist. Ich wollte aber darüber hinaus noch beantragen, den gemeindesteuerfreien Veteranen fortlaufend eine alljährliche Ehrengabe von 30 Mk. zu gewähren.

Im vorigen Jahre haben wir dafür 35.000 Mk. ausgegeben. Da sich die Zahl der Veteranen von Jahr zu Jahr sehr verringert, entfielen der Stadt keine laufenden hohen Ausgaben.

Stadlrat Neulirch (Soz.): Die Veteranen haben viel Freunde; aber sie können auch sagen: Freunde in der Not geben Hundert auf ein Lot. Der Magistrat will nach seiner Vorlage den Veteranen mit einem Einkommen bis 1200 Mark jährlich die Gemeindesteuern erlassen und die Gemeindesteuern mit einer einmahligen Unterstützung abfinden. Dieser Magistratsantrag geht zweifellos fehl. Er gibt den Veteranen etwas, die noch ein mäßiges Einkommen haben; die Ärmsten der Armee werden jedoch leer ausgehen. Den steuerpflichtigen Veteranen wird alljährlich ein Betrag von 6,88 Mark, 10,32 Mark oder 15,48 Mark erlassen; wer keine Steuern zahlen kann und der Hilfe am meisten bedürftig ist, bekommt nichts. Das kann wohl kaum die Absicht des Magistrats sein. Nun sagt er, wir haben hauptsächlich eine Ehre und die Veteranen im Auge. Seine Vorlage bedeutet, daß nur die Veteranen mit einem Einkommen von mehr als 660 bis 1200 Mark gekehrt werden, die Ärmsten dagegen nicht. Unter Antrag will, daß die steuerfreien Veteranen nicht beruhen werden, sondern alljährlich zu Weihnachten eine Ehrengabe von 30 Mark erhalten. Ich bitte Sie, da die Not der alten Leute groß ist, ohne weiteres unseren Antrag anzunehmen.

Oberbürgermeister Vender: Im vorigen Jahre handelte es sich um die Bewilligung einer einmahligen Ehrengabe aus Anlaß eines patriotischen Gedächtnistages; der Magistrat hat deshalb auch keine Veranlassung genommen, zu beantragen, daß den Veteranen dauernd eine Beihilfe gewährt wird. Man muß sich nur auch fragen, ob gerade 30 Mk. in jedem Jahre das Richtige ist. Wenn Sie es aber beschließen, so wird die Stadt dadurch nicht arm werden.

Stadlrat Gumburger (frei.): Die Sache dem Staatsrat zu überwiegen.

Stadlrat Löbe tritt demgegenüber für sofortige Beschließung ein, da dann die Angelegenheit endgültig erledigt ist.

Die Stadlrat Dr. Wohlaue (frei.) und Jinger (kont.) wenden sich gegen den Antrag Gumburger. Die Veteranen sollen zu Weihnachten ihre Unterstützung haben, bei einer Ausschussberatung aber könnten sie noch lange warten.

Der Magistratsantrag sowie die Anträge Kaiser und Neulirch die inhaltlich dieselbe betrafen, wurden hierauf angenommen.

Ermäßigung der Gaspreise.

Stadlrat Jeron (Zentr.) begründete einen Antrag, der von einer Reihe von Stadlverordneten gefordert worden war, die Preise für Leuchtgas von 16 auf 15 Pfg. zu ermäßigen. Der Stadlrat werde dadurch kein dauernder Ausfall erleiden, da sich der Gasverbrauch bei einer Verbilligung beträchtlich verringern würde. Die Selbstkosten für Gas betragen reichlich 6 1/2 Pfg. pro Kubikmeter, sodass sich die Preisermäßigung wohl ermöglichen läßt. Im Vorjahre konnte an eine Ermäßigung nicht gegangen werden, da die Selbstkosten hoch und die Beamtengehälter erhöht werden mußten. Wir haben nur in diesem Jahre 2 1/2 Millionen Mark Leuchtgas erzielt, sodass wir die Preisermäßigung jetzt vornehmen können.

Stadlrat Birg: Unsere Gaspreise sind seit 1881 dieselben geblieben, obwohl in der Zeit die Kohlenpreise wie auch die Löhne erheblich gestiegen sind. Dazu kommt, daß inzwischen die Ausnützungsmöglichkeit des Gases durch die Abkühlung erheblich größer geworden ist, so daß eine Stunde Licht nur noch einen reichlichen Pfennig kostet. Wenn sich die Verteilungskosten des Gases in den letzten Jahren trotz der gestiegenen Kohlenpreise und Arbeitslöhne noch verringert haben, so ist das nur auf eine bessere Ausnützung der Nebenprodukte (Koks und Ammoniak) zurückzuführen. Die Gaspreise in den anderen Städten schwanken zwischen 16 und 22 Pfg., 16 Pfg. kostet das Gas in Städten, die in nächster Nähe von Gruben liegen. Ein Preis von 15 Pfg. ist für Breslau angemessen. Das Leuchtgas verzehrt sich um überaus höhere Betriebskosten als die Durchschnittskosten von 6,59 Pfg.; sie stellen sich hier auf 10 Pfg.

Stadlrat Löbe: Die Produktionskosten des Gases sind gefallen, bei normaler Konsumtion müßten also auch die Preise sinken. Das wäre der beste Debel zur Steigerung des Abganges. Am liebsten wird allerdings die Gasmessermiete empfohlen, die eine sehr hohe Ueberlastung ist, weil sie nicht nach dem Verbrauch abgemessen werden kann. Wir beantragen deshalb in erster Linie die Abschaffung der Gasmessermiete. Als sie in großer finanzieller Verlegenheit eingeführt wurde, beantragten wir Herabsetzung der Miete für die beiden kleinsten Gasmesserklassen. Die Stadlverordnetenversammlung stimmte unserem Antrage zu, aber die Verwaltung hat ihn dadurch unwirksam gemacht, daß man fast

keine dreilammigen Messer mehr aufstellt. Es rechi fertigt sich also die Abschaffung, die auch von vielen Bürgervereinen gefordert wird.

Rämmerer Matthes und Oberbürgermeister Vender vertrat die Ansicht, es handle sich hier um eine Frage, die einen steuerlichen Charakter habe und die deshalb im Rahmen des Staats zu erledigen sei. Auf Schritt und Tritt werde die Stadt in ihren Einnahmeverhältnissen vom Staat beschränkt, sodass sie auf die Ueberbürden der Betriebswerke angewiesen sei. Eine Herabsetzung des Gaspreises werde eine Steuererhöhung zur Folge haben und dann erweise es sich zweifelhaft, ob man den bisherigen Gaspreisen oder erhöhten Steuern den Vorzug geben sollte.

Stadlrat Gumburger (frei.) mahnt zur Vorsicht und beantragt Ausschussberatung. Die Gasbeleuchtung föhmt in Breslau noch eine große Ausdehnung erfahren, denn zur Zeit seien noch die Hälfte der Häuser ohne Gas. Es ist eine Herabsetzung des Preises für elektrisches Licht geplant, man könne dann aber nicht auch gleich die Gaspreise herabsetzen.

Stadlrat Dr. Mischke (Unif.) wiederholt seine Anfrage aus der vorigen Sitzung, ob es zutrifft, daß der Magistrat den Koals an auswärtige Großhändler zu bedeutend billiger abgibt, als an die einheimischen Händler.

Stadlrat Birg befreitet das. Die Preise richten sich nach dem Quantum der Abnahme und bei gleichem Quantum zahl alle Abnehmer gleiche Preise. Die Stadt müsse aber mit Großhändlern arbeiten, wenn sie den Koals loswerden will.

Stadlrat Löbe (kont.) ist für die Ermäßigung des Gaspreises und auch des Preises für Koks, soweit er von der Stadt für die Beleuchtung gekauft wird. Bei einem Spargergange im Süden glaubt man, der Kindergehören sei nicht in Straßburg, sondern in Dürren (Heiterkeit), so sammelt sich dort der Koks an.

Stadlrat Löbe: Wie nötig es ist, sich die Bedürfnisse anderer Städte zum Vorbild zu nehmen und unsere Verwaltung manchmal etwas vorwärts zu schieben, zeigt der Erfolg der Automaten. Drei Jahre lang haben wir vergeblich die Automaten verlangt und nur jetzt zeigt es sich, daß die Verwaltung eingesehen hat. Wir werden sie also auch zu den heute beantragten Reformen etwas kräftig nötigen müssen.

Der Antrag wird sodann an den Staatsrat verwiesen.

Bei der Beratung des Magistratsantrages auf Erweiterung der städtischen Volksschulen um zweckdienlichere Anlagen und auf Einberufung von Neubauschulungen waren Beschlüsse nicht auf einen Antrag des Referenten Professor Dr. Wohlaue der Stadlrat Dr. Welle die Mittelung, daß er in beschränktem Umfange auch die Errichtung von zweckdienlicheren Anlagen plane. Es soll dies in der nächsten Sitzung der Stadlrat besprechen, damit die Sache, wenn sie das Schicksal der Errichtung des Entlassungsalters abgesehen haben, nicht gezwungen sind, das Projekt des letzten Schuljahres noch einmal zu wiederholen. Der Antrag wurde angenommen.

Als Beschlüsse für die Ausstellung der Deutschen Reichsfeier zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fordert ein Magistratsantrag die Bewilligung von 200 Mark. Der Referent, Stadlrat Dr. Goldschmidt, beantragt hierzu, die gesamten Kosten von 550 Mark zu übernehmen, und sprach die Hoffnung aus, daß der um die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten so verdiente Professor Dr. Weiler von den Verlegungen, die er in den letzten Tagen durch einen Unfall erlitten, bald wieder genesen möge. (Beifall.) Der Antrag Goldschmidt wurde angenommen.

Der Ankauf eines 3,340. Sektar großen alten Ziegelleitungsstückes zwischen der Ober- und Hundsteeber Chaussee für 93.000 Mark wurde dem Grundbesitzamt überwiegen; die Annahme der Erbschaft des verstorbenen Klumpnermeisters Alexander Wagner, die hauptsächlich in dem stark belasteten Hausgrundstück Terrassstraße 3 besteht, wurde dem Finanzamt überwiegen; und der Antrag auf Bewilligung von 70.261 Mark Mehrkosten für den Umbau der alten Viktoriaschule ging zunächst an den Bauamt.

Genehmigt wurde die Pflasterung der verlängerten Kürassierstraße für 50.000 Mark.

Die Mietung von Räumen Klosterstraße 17 zum Jahrespreise von 1500 Mark für die Installationskurse an der städtischen Handwerker- und Kunstgewerbeschule wurde bewilligt.

Für ein in der Angelegenheit des Breslauer Hochwasser- schutes erlassenes Gutachten wurden 1500 Mark bewilligt. Der Mietvertrag für einen Teil des städtischen Grundstückes Hofplatz 20 wurde verlängert.

Erdbeben!

Donnerstag abend kurz vor 10 1/2 Uhr wurde in Frankfurt a. M. ein ziemlich heftiges Erdbeben verspürt. Es war von 5 bis 6 Sekunden Dauer und so stark, daß in manchen Häusern die Bilder von der Wand fielen und die Gegenstände auf den Tischen und Schränken zitterten. Die Uhren blieben teilweise stillstehen.

Auch in München wurde um dieselbe Zeit ein heftiges etwa 10 Sekunden andauerndes Erdbeben wahrgenommen, das die Wände und die Böden und Decken in den Häusern erzitterte und selbst in einzelnen Stadlteilen die Betten schaukelte. Die einzelnen Stöße, die verpürt waren, waren so plötzlich und so heftig, daß die Leute in großen Schrecken versetzt wurden. Auf der Straße schaukelten die Oberleitungen der Straßenbahn so heftig, daß die Leute überrascht stehen blieben, umso mehr, als sich auch deutlich wahrnehmbare Schwankungen am Erdbeben bemerkbar machten. Die heftigen Erdstöße hielten u. a. auch langandauernde Telefonstörungen zur Folge gehabt. In Augsburg und in allen größeren Orten Schwabens waren um 10 Uhr 27 Minuten gleichfalls drei schnell hintereinander folgende starke Erdstöße bemerkbar.

Aus Heidelberg, Mannheim, Konstanz, Tübingen, Zürich und Wien kommen Nachrichten von starken Erdstößen.

Donnerstag abend um 10 1/2 Uhr spürte man in Gelnhausen ein deutliches Erdbeben. Alle Häuser bebten, Gegenstände fielen um. Die Einwohner flüchten auf die Straße.

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten scheint sich das Zentrum des stattgefundenen Erdbebens in der Gegend von Basel und Zürich befunden zu haben. Von dort her lauten die Meldungen wenigstens am kritischsten. Dort sind augenscheinlich die stärksten Erdbebewegungen wahrgenommen worden. Außerordentlich starke Erschütterungen werden aus den verschiedenen Orten zwischen beiden Städten gemeldet. Unter der Bevölkerung ist in den verschiedenen Ortschaften und Städten eine förmliche Panik ausgebrochen. In Wien wurde das Verhältnis weniger stark aufreizende Erdbeben am deutlichsten im ersten, dritten und neunten Bezirke verspürt. In der Telegraphenlinie schwanden die Kronleuchter.

Aus aller Welt.

Das war kein Culeburg! Vor der 11. Strafkammer des Berliner Landgerichts I wurde am Dienstag ein wegen Raubs in Untersuchungshaft befindlicher Mann als Zeuge vorgeladet. Der Vorliegende machte den Zeugen in gewohnter Weise darauf aufmerksam, daß Meineid nicht bloß eine schwere Sünde, sondern auch ein Verbrechen sei, das vom Gesetz mit Zuchthaus geahndet wird. Worauf der also Ermahnte nicht faul, im schönsten Berlinerisch erwiderte: „Na nu! Meineid, das ist doch überhaupt nicht strafbar. Wenn der nicht erlaubt ist, denn bringen Sie man den Philippen Culeburg dahin, wo er hin gehört, denn der war doch auch so was wie Meineid!“

Mit drei Tagen Arrest bei Wasser und Brot und Entziehung des Nachlagers muß nun der arme Sünder seine vorläufige Kritik an der könlgl. preussischen Gerechtigkeit büssen. Er ist kein frakter Culeburg und leidet nicht an förslicher Arterienverkalkung, sonst wäre er wohl statt in den Arrest nach der Charitee gebracht worden.

Ein fölscher Staatsanwalt. In dem städtischen Hause im Voigtland spielte sich gestern eine Szene ab, die lebhaft an das Manöver des Hauptmanns von Ropenick erinnert. In dem dortigen Hotel „Zum Schwan“ liegt ein junger, elegant gekleideter Herr ab der Angabe, er sei Staatsanwalt aus Blaue und habe in Pausa mehrere Personen in einer Sittlichkeitssache zu vernehmen. Er erschien mit einer großen Aktenmappe und trat so sicher auf, daß zunächst niemand an seinen Angaben zweifelte. Er erkundigte sich bei dem Hotelangestellten nach einzelnen Hingewöhnten und ließ sie zu sich bestellen. Der erste, der an die Reihe kam, war ein junger Kaufmannsohn, den er in harschen Worten der Teilnahme an dem angeblichen Sittlichkeitsvergehen bezichtigte. Der „Staatsanwalt“ drohte ihm schließlich, daß er ihn sofort verhaften lassen würde, wenn er nicht auf der Stelle 50 Mk. hinterlege. Der Kaufmannsohn wurde durch den Schwundel so eingekerkert, daß er in seiner Angst zu seinem Onkel lief, um sich von ihm das Geld zu leihen. Dem Onkel kam die Sache aber verdächtig vor und er fragte bei der Gendarmerie an, was es mit dem Staatsanwalt für eine Bewandnis habe. Dort stellte man den wahren Sachverhalt sehr bald fest und verhaftete den angeblichen Staatsanwalt. Beim Verhör stellte es sich

heraus, daß man einen jugendlichen Tüllweber aus einer Gardinenfabrik in Pausa vor sich hatte.

Wo Ägen die Steuerhinterzieher? Diese Frage ist vor uns oft genug dahin beantwortet worden, daß sich in diesem Punkte die Arbeiter und Industriellen nichts vorzuwerfen hätten: sie wissen beide den Steuerfiskus sehr gut zu schimpfen und zu schlagen. Ein großer Fall von Steuerhinterziehung beschäftigte dieser Tage das Schöffengericht zu Salzkufen. Der Kaufmann August Schormann in Schölar war angeklagt, in den Jahren 1908, 1909 und 1910 sein Einkommen nicht mit 3.000 Mark, wie es richtig gewesen wäre, nur mit 10.000 Mark angegeben zu haben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, nachdem zwei Bücherrevisoren die Abschlässe usw. geprüft hatten, zu dem achtfachen Betrage der hinterzogenen Summe, zu 22.560 Mark Geldstrafe.

Schiffslatastrophe im Sturm. Der Sturm auf dem Kanal dauert fort. Neue Schiffsunfälle werden gemeldet. Gestern morgen um 11 Uhr wurde eine Schalluppe des Dampfers „Bagram“ gegen den Segler „Fulton“ geschleudert, der in zwei Teile gebrochen ist. Durch ein großes Bedrang Wasser in den Segler ein, der in wenigen Minuten unterging und zwanzig Matrosen mit in die Tiefe riß. Glücklicherweise gelang es mehreren Fischerbooten und einem belgischen Dampfer, der sich in der Nähe befand, den größten Teil der Mannschaft des „Fulton“ zu retten. Wieviel Matrosen ertrunken sind, ist noch nicht bekannt.

Von dem gestern mit einem englischen Torpedobootgerät zusammenstoßenen dänischen Segler „Grentha“ und über das Schicksal der Besatzung wußte man nichts Genaues. Bisler wurden fünf Matrosen mit Rettungsairteln im Meer erlöset und von dem Dampfer „Lof Ryan“ in vollständig erschöpftem Zustande aufgenommen und in den Hafen von Harlepool gebracht. Die Matrosen erzählten, daß sich an Bord des dänischen Seglers nach der Katastrophe schreckliche Szenen abspielten und daß sie über das Schicksal ihrer Kameraden nicht berichten könnten.

Die letzten vierzehn Tage haben der englischen Schifffahrt großen Schaden zugefügt. Einer amtlichen Statistik zufolge sind seit Jahren keine so zahlreichen Unglücksfälle zur See zu verzeichnen gewesen, wie im Laufe des letzten Halbjahres.

Eine Dorftragödie. Eine abenteuerliche Dorftragödie hat sich auf einem Hofe nahe dem belgischen Flecken Oberfische zugetragen. Dort wohnten die Brüder Theophil und Corneli Martens zusammen als belährte Junggejellen, aber sie brachten eine Dickschädel

Belohnung wurde ferner die Erziehung des Verpneungs-  
geldes der Inassen der Bürgerverfassungsausschuss vom 1. Ok-  
tober an wöchentlich für eine Person von 4 auf 4,50 Mark, für  
ein Ehepaar von 6,50 auf 7,50 Mark aus dem etatsmäßig zur  
Verwaltung stehenden Mitteln der Anstalt.  
Es folgte eine geheime Sitzung, in der Stadtverordneter  
Klee als Stadtrat an Stelle des verstorbenen Herrn Schay  
vorgeschlagen ist.

### Liberaler Wahlmänner-Versammlung.

Eines ganz außerordentlichen Andranges erfreute sich  
die gestern Donnerstag Abend in den Börsensaal ein-  
berufene Liberale Wahlmänner-Versammlung, für die Dr. Wiemer  
Berlin als Referent angekündigt war. Was wir seit einem  
Nährjahr nicht erlebt haben, der Saal reichte nicht aus,  
die Herbelgestürzten zu fassen, und auch auf der Galerie  
standen die Zuhörer in mehreren Reihen. Kurz — die  
Wörter gab gestern aus, wie das Gewerkschaftshaus bei  
ähnlichen Anlässen immer. Die Stimmung der Liberalen  
war demgemäß eine gehobene, und wurde noch vergnügter,  
als Herr Wiemer — Tannenberger mitteilte, daß  
er sich entschlossen habe, als Kandidat der Fortschrittler  
den Kampf gegen Dr. Dertel in Urtlag-Namslau auf-  
zunehmen und deshalb von seiner Kandidatur in Breslau-  
West zurückzutreten. An seine Stelle wurde für den Westen  
der Stadt Herr Seilberg für den Kampf gegen links  
bestimmt.

Seine Abgeordneter Wiemer seine Rede beginnen konnte.  
mühte erst ein laudatorischer Heißer von Bahmann be-  
nügt werden, der seinen Stuhl bekommen hatte, und es  
deshalb in Frage stellte, ob er es am Montag bei der  
Wahl würde aushalten können. Der Mann bekam seinen  
Stuhl und beruhigte sich. Dann sprach Herr Wiemer  
über „Die politische Lage“, wobei er sich aller-  
dings ganz auf die Reichspolitik beschränkte und die Ar-  
beiten des Landtages nicht erwähnte. In wirkungsvoller  
Weise rechnete er mit dem Kuntertum ab und fand stürm-  
ischen Beifall, als er das allgemeine, gleiche, direkte Wahl-  
recht als unumstößlichen Grundpfeiler der Verfassung be-  
zeichnete. Daß dieselben Freiheiten im Kreis Breslau-  
West einen Kandidaten unterstützen wollen, der nicht auf  
dem Boden des gleichen Wahlrechts steht, schien in diesem  
Augenblick vergessen zu sein. Auch über das Verhältnis  
zur Sozialdemokratie verlor Herr Wiemer einige Worte.  
Wie in der „Breslauer Zeitung“ wie folgt wiedergegeben  
werden:

„Schiedsbrand hat gesagt: Die konservative Partei stehe wie  
ein Fels in der roten Meer. Warum steigt aber die rote Meer?  
Doch vor allem wegen der konservativen Politik.  
Der Bestand wollte dem konservativen Parteiführer stille stehen,  
weil wir Liberalen in Vertia offen erklärt haben, auch die Sozial-  
demokraten zu bekämpfen. Unser Entschluß geht vor allem auf die  
Verletzung der bisherigen Wahrheit, unsere Parole lautet:  
Nieder mit dem schwarz-blauen Bloß! (Lang-  
anhaltender Beifall.) Eine gute Strecke Weges können wir mit  
den Sozialdemokraten zusammengehen, wir sind uns aber, gleich  
wie die Sozialdemokraten, bewusst, daß steigende Gegen-  
sätze zum Austrag kommen werden. Wir wollen den sozialen  
Frieden, wir wollen eine gesunde Sozialpolitik. Mit dem Sla-  
sentkämpf ist auch den Arbeitern nicht geholfen. Wir reden  
einem Zusammenhang von Arbeitnehmern und Arbeit-  
gebern das Wort und erheben eine soziale Forderung. Wir  
stehen fest auf dem Boden der heutigen Staats- und Ge-  
sellschaftsordnung und der Reichsverfassung mit einem  
konstitutionellen Sinngefühl an der Spitze. Reformen sollen den  
Reifen des ganzen Volkes unternommen werden. Wir sind zur  
entscheidenden Abwehr der Sozialdemokratie entschlossen. Die Kon-  
servativen werden uns immer wieder eine Verbrüderung mit den  
Sozialdemokraten vor. Damit sollten sie doch etwas vorsichtiger  
sein, besonders hier in Schlesien, wo sie einst selbst mit ihnen  
zusammengegangen sind. Ich erlaube mir an den Fall v. Polko.

Daß Herr Wiemer die Gegensätze betonte, die zwischen  
Sozialdemokratie und Freiheit bestehen, ist kein gutes  
Recht; er verwirklichte sich aber sofort in Widersprüche,  
als er diese Gegensätze begründen wollte. Mit gewaltiger  
Dunst hatte er eine Viertelstunde vorher versichert, daß die  
Kleinbesitzer auf dem Lande allemal gelehrt  
werden, wenn sie sich vom Punkte der Landwirte vorreden  
lassen, daß sie dieselben Interessen als der Groß-  
grundbesitzer haben. Großer Beifall. Dann aber  
will er auf einmal selbst die Bündelartikeln anwenden und  
den Arbeitern einreden, sie haben die gleichen Interessen  
mit den Arbeitgebern. Der Kleinbesitzer soll einsehen, daß  
er nicht mit den Großen zusammengehört, der Landarbeiter  
und der Industriearbeiter aber soll sich wieder keinen  
lassen? Das ist zu viel verlangt. Ebenso würde es

einem freimütigen Manne besser an, wenn er bei der Er-  
örterung politischer Fragen etwas weniger kriegerischer Ver-  
einigung über die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung  
redete. Diese sind bekanntlich geworden und ver-  
gehen deshalb auch wieder, davon kann sie selbst Herr  
Wiemer nicht schätzen. Und daß die Entwickelung von  
der absolutistischen zur republikanischen Staatsform fort-  
schreitet, nicht umgekehrt, das dünne er aus der Welt-  
geschichte und sogar aus den Geschehnissen der letzten  
zwanzig Jahre gemerkt haben. Daß Herr Wiemer „zum  
Kampf gegen die Sozialdemokratie entschlossen“ ist, wissen  
wir, und er hat es ja in seiner Rede, bei den Berliner  
Stadterordnetenwahlen, eben erst gesehen, welche Vor-  
beeren er dabei pflegt. Die Breslauer Freiheiten wer-  
den deshalb gut tun, sich lieber zunächst der dankbareren  
Aufgabe, der Niederbringung des schwarz-  
blauen Bloßes, zuzuwenden, welche Absicht ja wohl  
auch aus dem Kandidatenwechsel in Breslau-West spricht.  
Die Versammlung schloß mit der Versicherung des  
Vorstehenden, Herrn Seilberg, daß man den Wahlkampf in  
vornehmer und sachlicher Weise führen will. Daß dies  
von sozialdemokratischer Seite bereits geschehen ist, hat  
sogar der Fürst Hoffeldt mehrmals öffentlich anerkannt.

Die Versammlung schloß mit der Versicherung des  
Vorstehenden, Herrn Seilberg, daß man den Wahlkampf in  
vornehmer und sachlicher Weise führen will. Daß dies  
von sozialdemokratischer Seite bereits geschehen ist, hat  
sogar der Fürst Hoffeldt mehrmals öffentlich anerkannt.

### Wahlmache der Bäckermeister.

Unsere Leser erinnern sich noch des diesjährigen Streiks  
der Bäckermeister. Die Innung weigerte sich bekanntlich, mit  
den Vertretern des Verbandes zu verhandeln. Sie behauptete  
unter anderem vor dem Erlaunsausschuß, nach dem Statut ge-  
wungen zu sein, nur mit den gesetzlichen Gewerkschaftsvertretern, den  
Gewerkschaftsmitgliedern, zu verhandeln. Am 26. Oktober  
ist der Gewerkschaftsausschuß neu gewählt worden; aber die Wahl  
musste für ungültig erklärt werden, weil es dabei nicht  
richtig zugegangen ist. Damit nun bei der Neuwahl wie-  
der „meisterliche“ Gesellen in den Ausschuss kommen, greift die  
Bäcker-Innung zu den sonderbarsten Mitteln. Inerst wurden  
fortschrittliche Bäckermeister mit einem Strafman-  
dat bedacht, die angeblich ihre Gesellen nicht vom Arbeitsnach-  
weis der Bäckerinnung bezogen haben. Da nur die 21  
Jahre alten, bei Innungsmitteln beschäftigten Gesellen wahl-  
berechtigt sind, glaubt man dadurch der Gewerkschaftsorgani-  
sation Abbruch zu tun.

Der neue Streik, den die Bäckerinnung gegen den Ver-  
band der Gesellen führt, übertreibt alles bisher Dagewesene.  
Kander öffentlicher Landrat dürfte die Breslauer Bäckerinnung  
ob ihrer Leistungen in der Wahlmache beneiden. Wenn es bisher  
noch Leute gab, die Anhänger des Kost- und Logiszwanges  
waren, so dürften sie eines Besseren belehrt werden durch das  
folgende Flugblatt an die Bäckermeister, dem man Stimmzettel  
für die Gesellen beifügt:

„Gehrer Herr Kollege! Freitag, den 17. November  
findet um 4 Uhr Nachmittag im St. Vincenzbau (Seminar-  
halle) wiederum die Wahl von Mitgliedern des Gewerkschafts-  
ausschusses der Innung statt, nachdem die erste Wahl wegen fort-  
währender Verletzung und Bedrohung des Wahlvorstandes  
für ungültig erklärt worden ist.

Während damals die Mitglieder des roten Gewerkschafts-  
verbandes alle pünktlich kamn vor Beginn der Wahl er-  
schienen waren, haben über 100 von unsrer wohlberechtigten  
Gesellen ihr Wahlrecht gar nicht ausgeübt, oder sind zu spät  
gekommen. Das darf bei der nächsten Wahl am Freitag nicht  
vorkommen. Es ist also dringende Pflicht eines jeden Meis-  
ters mit seinen Gesellen zu sprechen und dafür zu sorgen,  
daß jeder Geselle

1. rechtzeitig zur Wahl gewacht wird;
2. pünktlich um 4 Uhr im St. Vincenzbau ist;
3. die richtigen Stimmzettel hat;
4. eine Verzeichnung, vom Meister unterschrieben, besitzt,  
daß er bei ihm arbeitet;
5. weiß, daß er beim 1. Wahlgang den Zettel Zimmer-  
mann - Innung und beim 2. Wahlgang den Zettel  
Vorb - Arbeiter abgibt;
6. bis zum Schluss beider Wahlgänge dabei ist und sich  
dabei nicht entfernt.

Der rote Verband jubelt schon, daß er diesmal die mei-  
stertreuen Gesellen aus dem Gewerkschaftsausschuß herausdrängen  
wird. Zeigen wir nun, daß er zu früh jubelt hat. Jeder  
Meister mache auch seine benachbarten Kollegen auf die hohe  
Wichtigkeit dieser Wahl aufmerksam. Stimmzettel und Ver-  
zeichnungen sind auf dem Innungsbureau Oberstraße 21 zu  
haben.

Mit kollegialem Gruß  
Der Innungsvorstand.  
J. A. G. Prüllig, Obermeister.

Die Innungsmeister sind wirklich dreist und gottesfürchtig.  
Die erste Wahl ist, so behaupten sie, wegen fortwährender Ver-

letzung und Bedrohung des Wahlvorstandes für ungültig er-  
klärt worden. Das ist, so wird uns aus dem Kreise der Bäcker-  
gesellen geschrieben, nicht wahr! Der Wahlvorstand ist  
vielmehr selbst schuld, daß die Wahl für ungültig erklärt  
wurde. Er hat zum Beispiel „meisterliche“ Gesellen der-  
maßen zum Wahl aufgerufen, worüber die Verbundgesellen  
selbst mit Recht empört waren. Als sich der Innungsvorstand  
keinen Rat wußte, ließ er einen Schützmann holen. Und  
was tat dieser Polizeibeamte? Er gab dem schlauen Ober-  
meister den Rat, die Wahl für ungültig zu erklären. Wir  
denken, das genügt. Ein Schützmann mit seinem Rabe bei der  
Gewerkschaftswahl! Das ist für den Innungs-Vorstand sicher  
sehr schmeichelhaft. Außerdem aber hat das schlechte Meister-  
blatt zugegeben, die Neuwahl war notwendig, denn sonst hätte  
sie die Ausschichtsbehörde angeordnet.

Zuletzt muß die Frage aufgeworfen werden: Was hat  
eigentlich die Innung mit dem Gesellen-Ausschuß zu  
schaffen? Mit welchem Rechte kommt sie dazu, sich in die In-  
gelegentheiten der Gesellen einzumischen? Würde sie es  
dürfen, daß sich die Gesellen um die Vorstandswahl  
wahl in der Innung kümmern, Flugblätter ausgeben  
und für die Wahl bestimmter Meister alle Hebel ansetzen. Dann  
würden die ehrbaren Bäckerherren sicher über Terrorismus und  
Gewalttat der roten Brüder gar furchterlich schreien. Wir kön-  
nen den Gesellen nur raten, ihre unerhörte Bevormundung durch  
die Meister endlich einmal gründlich abzuschütteln. Das können  
sie am besten heute Nachmittag bei der Ausschichtwahl. Sollte  
alles nichts helfen, dann muß die Ausschichtsbehörde angerufen  
werden, um die Zünfter des Bäckerwesens in ihre Schranken  
zurückzuweisen.

\* Warnung vor Auswanderungen nach Kalifornien.  
Das internationale Bureau weist auf die für die Arbeiter be-  
sonders schlimmen Verhältnisse in Kalifornien hin und ersucht  
alle ihm angeschlossenen Organisationen, die Arbeiter vor der  
Auswanderung nach Kalifornien zu warnen. Durch Inzertate in  
europäischen Zeitungen und Klanten kalifornischer Kapitalisten,  
die Europa bereisen, sollen Arbeiter zur Auswanderung nach  
Kalifornien veranlaßt werden. Folge niemand dem Lockruf,  
denn Tausende von Arbeitern sind jurezt in Kalifornien brotlos.  
Über immer neue Arbeitermassen sollen ins Land geschickt werden,  
damit den dortigen Gewerkschaften neue Schwierigkeiten er-  
machen.

\* Die Ausstellung gegen die Schulbücher  
wird Sonntag, den 19. November, vormittags 11 1/2 Uhr,  
im Zeichenlaale des Schulhauses Taschenstr. 29/31, 3. Stock,  
für das Publikum eröffnet. Tägliche Besuchszeit vormittags  
11 bis 2 Uhr, nachmittags 4 bis 9 Uhr. Bücherverkauf  
während der Besuchsstunden, mit Ausnahme von Sonntag  
und Montag nachmittags. Sonntag, 19. November, und  
Auftrag, 22. November, werden Beiträge gehalten.

\* Das Ausverkaufswesen in Breslau ist jetzt vom  
Regierungs-Präsidenten geregelt worden. Er macht folgendes  
bekannt:

1. Während eines Kalenderjahres dürfen in jedem Geschäft  
nur entweder ein Saison- und ein Inventur-Ausverkauf oder  
zwei Saisonausverkäufe stattfinden, von denen keiner die Dauer  
von zwei Wochen überschreiten darf.
2. Von diesen Ausverkäufen darf der eine nur in der Zeit  
vom 2. Januar bis 15. Februar, der andere nur in der Zeit  
vom 15. Juni bis 31. Juli abgehalten werden.
3. Der den vorliegenden Bestimmungen zuwiderhandelt,  
wird nach § 6 Ziffer 3 des Reichsgesetzes gegen den un-  
lauteren Wettbewerb mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit  
Haft bestraft.
5. Diese Anordnung tritt am 1. Januar 1912 in Kraft.

\* Ungetreuer Bureauangestellter. Ein Bureauarbeiter,  
der in der städtischen Verwaltung für Oberkanalisierung in  
Breslau angestellt war, hatte am 30. September 1911 von seinem  
Vorgesetzten den Auftrag bekommen, 2350 Mark von der Re-  
gierungskasse abzugeben gegen Abgabe einer Quittung zu erheben.  
Der Angestellte, dem während seiner zweijährigen Tätigkeit bei  
der städtischen Verwaltung das beste Zeugnis ausgestellt werden  
konnte, veruntreute die erhaltene Summe. Nachdem er einige  
Tage von dem Geld herrlich und in Freuden lebte, wurde er  
schließlich von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen.  
Der Angeklagte, der vor neun Jahren mehrere Male wegen  
Eigentumsvergehen bestraft wurde, hat sich seit dieser Zeit gut  
geführt. Das Breslauer Schöffengericht, vor dem er sich am  
Donnerstag wegen Betruges zu verantworten hatte, nahm des-  
halb an, daß er jedenfalls der Verurteilung unterlegen ist, die an  
ihn herangetreten war. Wegen dieses Umstandes und des reu-  
mäßigen Geständnisses, das der Angeklagte ablegte, lautete das  
Urteil auf fünf Monate Gefängnis.

schlossen sie, sich die Gullkraft auf billige Weise zu verschaffen.  
Zweck, der ein wenig schwachmütig war, wurde von seinem  
Bruder überredet, sich zu verheiraten, und es wurde auch in  
einem Mädchen, das mit einem unehelichen Kinde sitzen gelassen  
hatte, die geeignete Person gefunden. Colonel rechnete nun,  
daß sein Bruder niemals die Rechte des Ehegatten beanspruchen  
dage er selber der Geliebte der Frau seines Bruders sein würde  
und daß man zu ohne große Anstöße die weibliche Gullkraft  
für den Bauernhof gewinnen könnte. So wie, die Frau des  
paukel, erhielt die Versicherung, daß sie nach dem Tode des  
Bruders das Bauerngut erben würde und so war sie anständig  
jezt zufrieden, für sich und ihr Kind ein gutes Unterkommen  
gefunden zu haben. Da begann Colonel seinen Plan zu ver-  
wirklichen, doch konnte er nicht mehr, ihren Mann die  
Trene zu brechen, obwohl er nicht ganz bei Sinnen war. Dar-  
über geriet Colonel so in Zorn, daß er die Schwägerin in je-  
der Weise quälte und sie mißhandelte, obwohl sie ein Kind  
trug. Schließlich war er seiner nicht mehr Herr und schied  
mit einem schweren Weile auf die Frau ein. Er ließ sie halbtot  
in ihrem Blute liegen und verhielt sich aus dem Tor.  
Eräter fand man seine Leiche in dem Brunnen eines Nachbars.  
Er hatte sich aus Neid und Ehrsucht das Leben genommen.

Gaulesisches Familiendrama. Im Hause des Sektions-  
chefs Baron Polzwech in Wien hat sich ein entsetzliches  
Familiendrama ereignet. Um die Tochter des Sektionschefs hatte  
sich ein Seemann, ein gewisser Dr. v. Malzewich, beworben  
der jedoch mit seiner Werbung abgewiesen wurde. Heute Ab-  
endlich ereignete Dr. v. Malzewich in der Wohnung des Barons  
Polzwech und verübte einen Redolpetanzschlag gegen die  
Tochter Marie des Sektionschefs. Die beiden anderen  
Kinder desselben, der 17jährige Georg und der etwas  
jüngere Robert, waren zufällig im Zimmer anwesend.  
Auch sie schob der Malzewich nieder. Franziska Polz-  
wech und ihr Bruder Georg waren auf der Stelle tot, Robert  
nach noch länger Zeit. Die näheren Umstände der Tat sind noch  
nicht völlig aufgeklärt. Wie es heißt, hat Malzewich Selbst-  
mord begangen.

Choleraausbrüche. Wegen der in Afrika herrschenden  
schlechten Gesundheitsverhältnisse und des Ausbruchs der  
Cholera dortselbst verhängten die Seebörden die üblichen  
Maßnahmen gegen die dortigen Provinzen. Dagegen wurden  
die Maßnahmen gegen Provenienzen aus Samun und  
Tripolis in Syrien aufgehoben, weil die Cholera dort aufge-  
hört hat.

Ägyptischer Selbstmord. In der Nacht vom Sonntag  
zum Montag fand ein Matrose auf dem Star-Dampfer „Pas-  
de Calais“ einen Ueberzieher, der einem der Passagiere ge-  
hörte, der in Dover an Bord gestiegen war. In den Taschen  
des Ueberziehers fand man eine Pistolenkugel mit dem Namen  
Edgar William Mir sowie 3 Briefe, von denen einer an  
den Kapitän des Schiffes „Pas de Calais“ gerichtet war. In  
diesem Briefe heißt es: „Um nicht wahnsinnig zu werden, stürzte  
ich mich in das Meer. Entschuldigen Sie den Aerar, den ich  
Jenseit dadurch bezweckt habe.“ Die beiden anderen Briefe waren  
an einen Advokaten in London und an einen Freund in New-  
York gerichtet.

Ein edler Selbstmord. Das Sinnen und Trachten der  
jungen Amerikaner richtet sich häufig auf eine Ver-  
politikomanie der Worldkämpfe. Man ist eine  
industrielle Erfindung gemacht worden, so unterzieht man  
sich einer Prüfung, indem sie die Erweiterung der Möglich-  
keit des Regimentsdienstes dienbar gemacht werden kann. Cha-  
rakteristisch für diese Bestrebungen ist die Aufnahme der beiden  
großen Erfindungen der letzten Jahre, des lenkbaren  
Luftschiffes und des Flugapparates, in die  
Bereitschaften der verschiedenen Nationen. Die Erde ist den  
Kriegsschiffen zu klein geworden; die erheblichen Aufwen-  
dungen für den Luftmarinismus zeigen, daß in der von man-  
chen „harten Patrioten“ gewöhnlichen Meinung das Porben  
in der Luft eine große Rolle spielen wird. Schon jetzt werden  
Versuche angezettelt, wie man die Erfindung aus Aeroplanen  
kommen auf die stillen Ozeane ausstrecken kann. Die  
Wörter „Weltkämpfe“ sind eine Erfindung in der Weltkämpfe die  
selbst sagt, selbst es nicht wunder, daß auch Versuche ange-

stellt werden, den Luftschiffen und Aeroplanen das Wasser oder  
besser gesagt, die Luft abzugeben. So meldet ein Telegramm  
aus New York, daß das amerikanische Marine-depa-  
tament mit großem Erfolge ein neues Geschütz aus-  
geprobt hat, dem kein Luftschiff oder Flugapparat entrichten  
kann. Das Geschütz schleudert in einem Winkel von 45 Grad  
eine Bombe in die Luft; in einer Höhe von 100-6000 Me-  
tern gelangt das Geschütz zur Explosion. Die Versuche  
sollen ergeben haben, daß durch die Explosion eine gewal-  
tige Störung der Luftschiffen herbeige-  
rufen wird, die in ihrer Wirkung an einen  
Zytron erinnert.

Ein künstlicher Marktbrunnen. Vor einigen Wochen  
wurde zu Schwerin im Lande Mecklenburg ein hübscher  
Marktbrunnen errichtet, den der Berliner Bildhauer Berwald-  
Schwerin geschaffen hat. Da sind auf einem hohen Felsaufbau  
zwei schiffbrüche dargestellt, ein junger Mann, der ein ohn-  
mächtiges Weib auf den Felsen als letzte Luftschiff zieht. Wie  
das kaum anders möglich war, wenn aus dem Thema ein Kunst-  
werk gemacht werden sollte, sind die beiden Gestalten vollkommen  
richtig. Das scheint unter den Wohlleben und Bestrengen von  
Dörschlüchtings Reich einige Aufregung verursacht zu haben.  
Denn die Stifterin des Werkes, die den Brunnen zum Andenken  
an ihren verstorbenen Gatten stiftete, der feinerzeit die Rettungs-  
station Warnemünde-Ost hat schaffen helfen, erlöst sich der  
„Wertigkeit der Kunst“ folgende Erklärung:  
„Zur Rechtfertigung und zur Wahrheit erkläre ich öffent-  
lich, daß ich durch die Aufstellung des Marktbrunnens als  
Stifterin desselben in tiefen Schmerz versetzt worden bin, weil  
die auf dem Brunnen dargestellte Gruppe, die von dem mit  
verregneten Entwurf abweichend gestaltet ist, meinem Empfinden  
wöllig widerspricht und für mich den Brunnen entwertet, da ich  
eine leicht bekleidete Frauengestalt als getretete Schiffbrüchige  
dargestellt, wie sie nach dem mir vorgelegten Entwurf auch so  
dargestellt war. Darn hätte der Brunnen nicht das Gesicht  
erregt, wie es mir so vielfach von Oben kommen mußte!“  
Es ist unverständlich, daß Prof. Berwald dem Vord nicht  
mindestens Bedrückung angesetzt hat.

# Sonntag vormittags 8 Uhr: „Volkswacht“-Agitation

in allen Distrikten und Bezirken. Die Genossen treffen sich in den Distriktslokalen.

**\* Der sozialdemokratische Verein Breslau** hält Montag abend im Gewerkschaftshaus eine Mitglieder-Versammlung ab, in der auch ein Komitee für die Reichstagswahlen zu wählen ist. Die Genossen und Genossinnen werden zahlreich zur Stelle sein. Das Mitgliebsbuch dient als Anzeiger.

**\* Die Parteien und der nächste Reichstag.** Der Schließliche Verband für Reichstagswahlen veranstaltet dieses Jahr wieder eine Reihe von Vorträgen, in denen die Vertreter der verschiedenen Parteien über ihre Forderungen an den nächsten Reichstag sprechen. Neben der sozialdemokratischen Partei war Genosse Darrl, der am Dienstag im großen Saale des Kaufmannsheim den bürgerlichen Parteien Vorlesung, welche Forderungen das Volk an die Reichstagswahlen zu stellen hat. In der Abendunterhaltung des Parteiprogramms besprach der Redner die einzelnen Forderungen, die im Reichstagswahlgesetz und in der sozialdemokratischen Partei erheben, wobei er besonders bei den Forderungen verweilte, die sich auf das Wahlrecht beziehen. Klar hob er den proletarischen Charakter der Sozialdemokratie hervor und zog eine scharfe Trennungslinie zwischen ihr und der gesamten bürgerlichen Welt. Der Reichstag, den er seinen bürgerlichen Abgeordneten in die Hände und die Bestrebungen des Reichstags eröffnete, machte man sich von ihnen eine neue Welt versprechen, aber deren Reichstag bisher noch niemals zu Stande gekommen. Es war deshalb nur natürlich, daß sich nach dem Reichstag verlangen war, niemand der sich zu geben, sich zum Reichstag zu melden, nachkommen wollte. Die Reichstagspartei, Frau Wagner, ergreift darauf zunächst das Wort, um das vom Genossen Darrl ora verlesene Reichstagswahlgesetz als „liberale“ Erbschaft zu bezeichnen, die für die bürgerliche Klasse von ganz besonderem Werte sei, da unter dem alten Gesetz viele aus der Reichstagspartei die Verhältnisse nicht beibringen hätten.

Genosse Seelinger wies diese Ausführungen vom Standpunkt der sozialdemokratischen Arbeiter aus und redete den bürgerlichen Klassen eindringlich ins Gewissen, nicht auf dem hohen Wege stehen zu bleiben, sondern das Wahlrecht für alle Frauen zu fordern. In ihrem Programm zum Reichstagswahlgesetz „liberale“ Reichstagspartei werde niemals zu Erfolg führen. Als sie aber den Tamen die Unterwürigkeit der Arbeiterinnen auch in materielle Beziehung zur Nachahmung empfahl, so ist bei den Anwesenden keine große Zustimmung zu finden; doch fanden ihre Worte, als sie gerade hatte, bei manchen nicht unbefriedigenden Teil der Versammlung (Schäfer) teil, sehr zum Entsetzen der Reichstagspartei. Die kurze weitere Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Frage der Einzelstimmgebung; ihr Verlauf bewies, wieviel der bürgerlichen Arbeiterinnen auch in ihrer freien Willigkeit, wenn sie politische Aufmerksamkeit in die Kreise der bürgerlichen Tamen tragen will. Erklärte doch eine Dame, die Forderung der Einzelstimmgebung nicht deshalb erheben will man erheben, weil man die Arbeiterinnen nicht abwerten will, sondern erheben will, um die Arbeiterinnen zu erheben. Die Arbeiterinnen als Erzieher der Reichstagspartei! Wie furchtbar sich doch in manchen Köpfen die Welt malt!

**\* Aus dem südlichen Markt.** Wir erhalten folgende Zuschrift: In welche schwierige Lage Arbeiterauschüsse der südlichen Bezirke vor sich werden können, zeigt folgender Bericht: Am südlichen Markt hat man sich noch nicht dazu aufschwingen können, Anzeigen der Arbeiter zurückzugeben, wie dies von besseren Unternehmern geschieht. Mit dem Wachsen der gewerkschaftlichen Organisation im Bezirk nahm dieses Unwesen nach zu. Aus diesem Grunde beschloß die organisierten Arbeiter, die gegenständige Unterbrechung im Todesfall möglichst zu vermeiden. Das bewog Herrn Direktor Gebel, eine Versammlung einzuberufen, wo er dem Arbeiterauschuss den Vorwurf der Nichtbeachtung machte; der Ausschuss habe das ganze Jahr nichts getan. Die Arbeiter sollten nunmehr selbständig werden. Es wurde die Anbahnung einer elektrischen Stempelmaschine beschlossen, um den Arbeitern, von der Arbeiterverwaltung zu werden. Wenn wir auch in solchen Fällen nichts Unrechtes erlösen können, so dürfte aber die Arbeiterverwaltung darüber anders denken. Die Anbahnung eines elektrischen Stempelapparats der Größe des Maschinenwerks durch Eisenarbeiten usw., das würden gleichwertige Anträge sein. Der Ausschuss ist der Schlimmen Lage entgegen, in die ihn Herr Gebel gebracht hat, indem er auf den Vorwurf der Nichtbeachtung seine Konten niederlegte. Wir meinen, wenn Herr Gebel solche Anträge gestellt hätte, so soll er dies bei seiner vorerwähnten Behörde selbst besprechen, und sich nicht von dem Arbeiterauschuss den Rücken decken lassen.

**\* Erdbeben.** Die lokale Erdbebenwarte in Sierczn bei Breslau teilt mit: Donnerstag abend 10 Uhr 27 1/2 Minuten registrierte die Apparate der königlichen Erdbebenwarte ein katastrophales Erdbeben. Die Apparate fielen um, jedoch die Entfernung nicht festgestellt werden konnte.

**\* Volksvorstellungen des Humboldt-Vereins.** Die Vorstellung für Kinderbühnen wird Dienstag, den 28. November, abends 7 1/2 Uhr, im Volkstheater auf dem Platz „Talisman“ aufgeführt werden. Anmeldungen auf Eintrittskarten sind - nur schriftlich - an Herrn Vornhard, VII, Sadowstraße 60, hpt., zu richten, bei dem Montag, den 27. November, vormittags 10-11 Uhr (nur zu dieser Zeit), die zugeteilten Billets ausgegeben werden.

**\* Verbotene Ausbeute.** Die Inhaberin des Tanzlokals „Ballhaus“ wurde Donnerstag von der 2. Strafkammer wegen fahrlässiger Vergehens gegen das Nahrungsmittelegesetz zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagten war zur Last gelegt, im Juni 1911 den Gästen ihres Lokals verdorbene Eisbeine vorgesetzt zu haben. Der Staatsanwalt, der ein wissentliches Vergehen für vorliegend hielt, hatte gegen Frau Fuchs zwei Wochen Gefängnis beantragt.

**\* Von einem Organisations-Abschneiden wurde** Donnerstag nachmittag auf der Adalbertstraße, Ecke Kleine Scheidegasse, der Konsumlagerhalter Kreischmer, Wärschstraße Nr. 32, der wollte noch kurz vor einem herannahenden Straßenzug die Fahrbahn überqueren, wurde aber vom Motorwagen erfasst, unterrollt und eine Strecke geschleift. Sofort herbeigerufenen Sanitäter der Feuerwehr legten dem Verunglückten Notverbände an und veranlaßten seine Überführung ins Arbeiterhospital. Dort wurde festgestellt, daß Kreischmer außer einem Beinbruch auch innere Verletzungen erlitten hat.

## Volksvorstellungen am Totensonntag.

Am Totensonntag veranstaltet der Bildungsausschuss der organisierten Arbeiterschaft zwei Volksvorstellungen und zwar

„Ibello“ im Stadttheater  
und  
„Das Musikkantennädel“ im Schauspielhaus.

Die Billets für die Opernvorstellung im Stadt-Theater (Preis wie bei früheren Opernvorstellungen) werden Montag abend um 6 1/2 Uhr an die Mitglieder im Gewerkschaftshaus abgegeben.

Dienstag abend 8 Uhr werden die Billets zur Opernvorstellung im Schauspielhaus verkauft. Es sind sich in beiden Fällen um Nachmittagsvorstellungen handelt, sind die Preise im Schauspielhaus um 10 bis 5 Pfg. herabgesetzt.

Zur Vorstellung am Bußtage („Talisman“ im Volkstheater) sind noch einige Billets vorrätig.

**\* Mordversuch.** Der 44jährige Stelmacher Martin Krzajewski, Wärschstraße 23, ist wegen eines Mordversuchs verhaftet worden. Es wird uns darüber gemeldet: Krzajewski hatte von seiner Schwägermutter, der Witwe Marie Bogasch, Wärschstraße 19, mehrere Sparkassenscheine in Verwahrung. Da aber die Tochter der Bogasch inzwischen gestorben ist und Krzajewski sich wieder verheiratet hat, verlangte Frau Bogasch von ihrem Schwägerjohn die Sparkassenscheine zurück. Da sich ihr Schwägerjohn weigerte, die Bücher herauszugeben, ließ sie ihn durch einen Rechtsanwalt zur Herausgabe der Bücher auffordern; aber auch das war vergeblich. Am 15. November besah Frau Bogasch zu seiner Schwägermutter, um mit ihr über die Herausgabe der Bücher zu verhandeln. Da Frau Bogasch mit ihren Vorkäufen nicht einverstanden war, ergreift er plötzlich einen großen Hammer und schlug damit Frau Bogasch zweimal auf den Kopf, so daß sie schwer verletzt zusammenbrach.

**\* Verjuchter Einbruch in einen Juwelierladen.** In der vergangenen Nacht haben Einbrecher versucht, in den Juwelierladen von Heinrich, Dolauerstraße 79, einzubrechen. Die Diebe waren zweifellos durch den allgemeinen Einbruch, der auch zu den kompromittierten Weinstuben führt, in das Haus gelangt; die Diebe hatten sich dann mit Nachschlüssel den Eingang in die Juwelierwerkstatt im 1. Stock verschafft, die gerade über dem Ladenraum liegt. Dort hatten sie bereits ein großes Loch in den Boden geschlagen, sind dann aber entweder auf eine Betonplatte gestoßen, die sie nicht durchbrechen konnten oder aber plötzlich durch irgend etwas gehindert und verdrängt worden. Ihr ganz neues Einbrecherwerkzeug, darunter Stemmmeißel, Säge, elektrische Taschenlampe und ein paar Handtücher haben sie zurückgelassen. So ist also dem Inhaber des Geschäftes nichts geblieben worden.

**\* Wäschschaffdiebstahl.** Seit längerer Zeit treibt hier ein Wäschschaff sein Unwesen, ohne daß es bisher gelungen ist, ihn oder die gestohlenen Schaffer zu ermitteln. Aus den Kellern verschiedener Häuser hat der Dieb mehrere Wäschschaffer gestohlen. Die Personen, die die Schaffer gekauft oder umgeändert haben, werden ersucht, sich im Zimmer 55 des Polizeipräsidiums zu melden.

**\* Die Badanstalts-Diebin verhaftet.** Ermittelt wurde durch die Kriminalpolizei die Diebin, die im Sommer fortgesetzt in der Leerbeute der Badanstalt des Alten Schwimmvereins gestohlen hatte. Es ist ein früheres Dienstmädchen, das seit längerer Zeit keine Stellung hat.

**\* Wagen Diebstahl.** Am 10. November wurde aus der Breslauer Maschinenbauanstalt in der Märtscherstraße ein vierwädriger rotgestrichener Handwagen mit Einlegekasten gestohlen. In der letzten Zeit haben solche Diebstähle öfters genommen. Die Diebe pflegen die gestohlenen Hand- oder Kinderwagen in ihrem Aussehen zu verändern und dann zu verkaufen. Vor ihrem Ankauf wird dringend gewarnt.

**\* Verhaftet wurde** am 15. November in einem hiesigen Automatessenrestaurant der Dekorateur und Malermeister Konrad Diller von hier, der dringend verdächtig ist, an Einbruchdiebstählen beteiligt gewesen zu sein. Bei einer Durchsuchung der Wohnung des Verhafteten wurden zwei schwarze, zwei braune und zwei rote Straußenfedern mit dunkler Mandelfärbung an der Spitze, ferner zwei weiße Reiterhüte, ein Stück grüner Stoff, grünes und rotes Seidenband und zwei Stück Seide, schwarz bezogen, modischer Art, gefunden und beschlagnahmt.

**\* Verloren wurde** am Mittwoch auf dem Wege von der Wessendstraße nach dem Gewerkschaftshaus eine schwarze Mappe mit einem Lederriemen umschlungen. In der Mappe waren Freireisgebühren-Zeitungen, drei Verbandsbücher und Verbandsmarken. Der Finder wird ersucht, die Mappe mit Inhalt Wärschstraße 26 im Restaurant „Stadt Wien“ abzugeben.

**\* Gefunden wurden** ein Tuch, eine Schürze, ein Stahl und ein Messer, eine Anzahl Tassen, ein Koffer, ein enthaltendes Lederhülle, eine Handtasche mit Inhalt, eine Reichsbanknote, ein Portemonnaie mit Inhalt und eine Kette. Zu erfragen im Hauptbureau des Polizeipräsidiums, Wärschstraße 26.

## Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

**Saynau, 17. November.** Ein Opfer der Schußwaffe. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch abend im Gasthof „Zur Hofmuna“. Mitglieder des Arbeiter-Turnvereins nahmen auf der Bühne Proben zu einem am Sonntag stattfindenden Herbstfesten vor. Während der Proben hatten sich auch andere Vereinsmitglieder als Zuschauer im Saal eingefunden. Darunter befand sich auch ein bei einem Büchsenmacher beschäftigter Turner. Während dieser einen ihm gehörigen Revolver gelte, ging ein schärfer Schuß los und traf den Turner Gekner so unglücklich in den Unterleib, daß derselbe sofort zusammenbrach. Die Kugel konnte noch nicht entfernt werden. In seinem Aufkommen ist es gescheitert. Nur dem sofortigen Eingreifen der Umstehenden ist es zu danken, daß der Geschlagene nicht noch mehr Opfer forderte, da der verantwortliche Leiter, als er sah, welches Unheil seine Spielerei angerichtet, die Waffe gegen sich richten wollte. Hoffentlich gelingt es der ärztlichen Kunst, Gekner am Leben zu erhalten.

Wie oft schon ist auf das unvorstellbare Umgehen mit Schusswaffen hingewiesen worden. Nur dem Umstande, daß ältere Genossen nicht in der Nähe waren, als die Spielerei begann, ist das Unglück zu zuschreiben. Der Turnverein hat sofort das für Sonntag projektierte Vergnügen insoweit das fröhliche Vorprogramm für spätere Zeit aufgeschoben.

**Kattowitz, 17. November.** Er will kandidieren. Der „Kattowitzer Zeitung“ wird geschrieben: In der letzten Zeit sind in der Presse mehrfach Mitteilungen erschienen, wonach Herr Verarzt Dr. Williger seine Reichstagskandidatur für den Wahlkreis Kattowitz-Jabrye zurückgezogen habe, so daß nunmehr Herr Bürgermeister Dr. Genser in Aussicht der alleinige Kandidat der deutschen Wähler sei. Demgegenüber sei ausdrücklich festgestellt, daß an der betreffenden Wahlrecht kein wahres

Wort ist. Wahr ist vielmehr, daß die Kandidatur Williger die bereits am 3. Juli d. J. in einer Vertrauensmänner-Versammlung deutscher Wähler mit überwiegender Mehrheit aufgestellt wurde, aufrecht erhalten bleibt. Uns kann es nur recht sein.

## Neueste Nachrichten.

### Die Republik der Mitte.

**Peking, 16. November.** Auf die Einladung des Leiters der revolutionären Bewegung, Generals Liuanheng, sind die Vertreter aller leicht erreichbaren Provinzen am 13. und 14. November in Schanghai zusammengetreten und haben über die Lage beraten. In Anknüpfung daran hat Liuanheng die Konsuln in Hankau davon in Kenntnis gesetzt, daß die republikanischen Staaten Vertreter zu einer Zentralregierung gewählt hätten, die in Wuhsung eingerichtet werde, und die Konsuln dringend ersucht, die vereinigten Staaten anzuerkennen.

**Peking, 16. November.** Nach Konsultationen sind 30.000 Mann in Santschau stehender Truppen zu den revolutionären Übergängen, sie haben die Truppen in Hankang und Tschinkang geschlagen und befinden sich jetzt auf dem Marsch nach Kowling, wo eine große Schlacht erwartet wird.

### Aus dem russischen Ministerrat.

**Petersburg, 17. November.** Gestern fand hier eine wichtige Sitzung des Ministerrates unter dem Ministerpräsidenten Stolomow statt, die sich mit dem persischen Konflikt beschäftigte. Da bis gestern auf die russische Note keine Antwort erfolgte, wurde beschlossen, sofort Truppen in Persien einzurücken zu lassen. Es ist die telegraphische Order abgegangen, eine Truppenabteilung nach Kaswin auf dem Wege nach Teheran zu dirigieren, wo sie sich vorläufig konzentrieren soll.

### Zum Krieg um Tripolis.

**Rom, 17. November.** Meldungen, die gestern aus Benghasi hier einkamen, besagen, daß man in dieser Stadt zurzeit auf einen ersten Angriff der Türken gefaßt sei. In Telegrammen, die die „Tribuna“ aus Benghasi über die derzeitige Kriegslage erhalten hat, wird berichtet, daß zurzeit drei- bis vierhundert türkische reguläre Truppen und unzählige Beduinen, letztere sämtlich sehr gut bewaffnet und bereit, sich neun Marschstunden von der trennenden Grenzlinie befinden und alles zum Kampfe bereit halten.

### Prozess Ohm und Genossen.

**Dortmund, 16. November.** Im Prozess Ohm und Genossen beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten Ohm zwei Jahre und sechs Monate Gefängnis, gegen Schmidt ein Jahr sechs Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, gegen Jenner neun Monate Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe. Da Ohm und Jenner sich zugleich wegen einer anderen Strafverfolgung in Untersuchungshaft befinden, kann ihnen die erlittene Untersuchungshaft nicht angerechnet werden; dagegen beantragte der Staatsanwalt, dem Angeklagten Schmidt zehn Monate auf die Untersuchungshaft anzurechnen.

### Dortmund ohne Wasser.

**Dortmund, 16. November.** Die Stadt ist seit Donnerstag früh ohne Wasser. Von der Behörde wird jede Auskunft über die Ursache verweigert. Es scheint ein Zurückgehen des Grundwassers vorzuliegen.

**Paris, 17. Nov.** Meldungen aus Indochina berichten, daß der Erfolg der chinesischen Revolutionäre unter den Eingeborenen Indochinas große Unruhe verursacht. Die Folgen der Revolutionäre sind auf zahlreichen chinesischen Wohnungen geblieben. Es fanden auch große Straßentümpelungen statt, doch ist es bisher nirgends zu ernstlichen Unruhen gekommen. Innerhalb zweier Tage haben sich hier zehntausend Chinesen ihre Zöpfe abgeschneitten.

## Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Ort	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand					
17. 11.	10,88	10,18	10,08	0,40	0,80	0,52	1,50	1,48	0,06	10,18	2,18	10,20	0,78	
16. 11.	10,86	10,12	1,08	0,37	0,82	0,70	1,34	1,30	0,05	10,45	1,92	1,70	0,38	0,35
Witte	11,68	10,98	2,12	0,42	1,28	0,87	1,07	1,08	1,68	1,66	0,01	1,41	0,88	0,48

\* Anmerkung: 55 Pf. Reuth 2,50; für Treiben (Oder) Obh-Richtung 3,27.

## Versammlungen und Vereine.

**Gewerkschaftshaus.**  
Freitag, den 17. November:  
Goldmetallarbeiter. Versammlung im Zimmer 1.  
Gewerkschaftsarbeit. Versammlung im Zimmer 2.  
Sonntag abend, den 18. November:  
Drahter-Metallarbeiter-Verband. Ausschuss-Sitzung Zimmer 3.  
Arbeiter-Sänger-Vereinigung. Wärschstraße.  
Gärtner-Verband. Versammlung im Zimmer 5.  
Speranten-Vereinigung im Zimmer 6.  
Sonntag, den 19. November:  
Matinee um 11 Uhr im Saale.  
Wendelsohn-Abend. Beginn um 8 1/2 Uhr; nach Schluß Tanzkänzchen.  
Köhlleger. Versammlung um 10 1/2 Uhr im Zimmer 2.  
Montag, den 20. November:  
Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau-Ost und West.  
Verband der Schneider. Versammlung im Zimmer 2.  
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7.  
Sozialdemokratischer Verein Breslau.  
Distrikt 1 (Gabel).  
Unter Distriktslokal ist jetzt beim Gastwirt Werner, Friedrichstraße 50, a. Dort treffen sich unsere Mitglieder Sonntag 8 Uhr vormittags zur „Volkswacht“-Agitation.  
Distrikt 7 (Mitschler).  
Zum Distriktslokal ist Genosse Joh. Wiegand, Sadowstraße 60, gewählt worden.

**Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.**

**Land-Distrikt 4 (Rosental, Silesien, Gostanowisch, Grotzsch, Weide).** Sonntag, den 17. November, vormittags 10 Uhr: Distriktsversammlung bei Ubriga in Rosental. Tagesordnung: 1. Unsere Aufgaben vor der Reichstagswahl. Redner: Genosse Strömig. 2. Bericht über die Generalversammlung. 3. Abrechnung über das Herbstvermögen. Genossen, es ist notwendig, daß ihr diesmal alle erseht.

**Land-Distrikt 6 (Böpelu h.).** Freitag, abends 6 1/2 Uhr: Klubabend. Von den Bezirksführern darf keiner fehlen. Lokal: Buschmeyer, Promnitzstraße 14. Sonntag früh 7 1/2 Uhr: Volkswacht-Abend. Lokal: Mikulle, Böpelwitzstraße 23. Jeder Genosse muß jetzt für seine Partei etwas tun.

**Land-Distrikt 8 (Bezirk Neutrich, Klein-Mochber, Marihöfen, Strachow, Hermannsdorf, Arnoldsühl).** Sonntag, den 19. November, nachmittags 3 Uhr: Distriktsversammlung bei Gnarzich (früher Parake) in Schmiedefeld.

**Tagesordnung:** 1. Unsere Aufgaben vor der Reichstagswahl. 2. Bericht über die Generalversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. G. Noften, wegen der ersten politischen Lage muß ihr alle erscheinen.

**Land-Distrikt 9 (Groß-Mochber).** Freitag, den 17. November abends 8 Uhr: Allgemeiner Frauen-Abend bei Schreier, Groß-Mochber. Tagesordnung: 1. Mehr Schutz der Arbeiter-Frauen und Kindern. Rednerin ist Genossin Samusch aus Breslau. 2. Verschiedenes. Genossen sorgt dafür, daß eure Frauen Zeit haben, in die Versammlung zu kommen.

**Land-Distrikt 10 (Gänschen).** Sonntag, den 19. November: Volkswacht-Abend. Die Genossen treffen sich früh um 6 1/2 Uhr bei Knoll, wo sie das Material erhalten.

**Land-Distrikt 14 (Herdain-Türrgoh).** Sonntag, den 19. November, früh 6 Uhr, treffen sich alle pflichtverpflichteten Genossen zur gemeinsamen Arbeit bei Galle, Poppelstraße und bei Zahn, Schönstraße 21. Große und wichtige Arbeit ist zu verrichten. Die Kraft eines jeden Genossen wird gebraucht und wollen wir den Sieg, dann alle Mann an die Arbeit.

**Land-Distrikt 15 (Tschanitz).** Sonntag, den 19. November, treffen sich die Genossen zur gemeinsamen Arbeit für die Volkswacht und die Partei bei Japp in Groß-Tschanitz. Materialausgabe früh um 6 1/2 Uhr. Keiner fehlt!

**Land-Distrikt 16 (Stabelwitz Bezirk 1).** Sonnabend, den 18. November, abends 8 Uhr: Mitgliederzusammenkunft bei Weig in der Hoffnung.

**Bezirk 4, Markschwitz.** Sonntag, den 19. November, vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft bei Müller. Die Genossen werden erlucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der Distriktsführer.

**Land-Distrikt 19 (Canth, Schosnig).** Sonntag, den 19. November, nachmittags 2 1/2 Uhr: Allgemeine Mitglieder-Versammlung bei Hoffmann in Schosnig. Tagesordnung: 1. Unsere Aufgaben vor der Reichstagswahl. Redner ist Genosse Hermann aus Breslau. 2. Vereinsangelegenheiten.

**Land-Distrikt 20 (Zachow).** Sonnabend, den 18. November, abends 8 Uhr: Wichtige Distrikts-Versammlung bei Galle im kleinen Zimmer. Tagesordnung: Unsere Vorbereitung zur Reichstagswahl.

Am 15. d. Mts. verschied nach kurzem schwerem Leiden meine innig geliebte Frau, unsere herzensgute Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Frau Marie Schmidt geb. Urban**

im 27. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten 7630

**Die tieftrauernden Hinterbliebenen.**

Beerdigung: Sonnabend, den 18. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital nach Oswitz (Lutherkirchhof).

Am Mittwoch, den 15. d. Mts. verschied nach kurzem schwerem Leiden unsere Genossin

**Marie Schmidt**

geb. Urban

in der Blüte der Jahre.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

**Die Genossinnen des Frauenabends der Distrikte 10 und 11.**

Beerdigung: Sonnabend, nachm. 2 1/2 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital nach dem Luther-Friedhof in Oswitz. [7717]

Am 15. d. Mts. verstarb nach kurzem, schwerem Leiden die Frau unseres Distriktsführers, die Genossin

**Marie Schmidt geb. Urban**

Es werden ihr ein dauerndes Andenken bewahren

**Die Bezirksführer des Distrikts XI (Sandtor).**

Beerdigung: Sonnabend, den 18. d. Mts. nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital aus nach Oswitz. 7628

Am 15. d. Mts. verschied nach kurzem aber schwerem Leiden die Frau unseres Distriktsführers, Genossin

**Marie Schmidt geb. Urban**

im blühenden Alter von 26 Jahren 2 Monaten.

Ehre ihrem Andenken!

**Die Genossen und Genossinnen des Distrikts XI (Sandtor).**

Beerdigung: Sonnabend, den 18. d. Mts. nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital aus nach Oswitz. 7629

Am 15. d. Mts. verschied plötzlich unser Mitglied Frau

**Marie Schmidt**

im Alter von 26 Jahren. 7631

Ehre ihrem Andenken!

**Der Sozialdemokratische Verein Breslau.**

Beerdigung: Sonnabend, den 18. November, nachm. 2 1/2 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital nach dem Luther-Kirchhof in Oswitz. Trauerhaus: Michaelstrasse 19.

Am 15. November verstarb nach kurzem Leiden die Frau unseres Freundes und Verbandskollegen, des Preislers Schmidt

**Marie Schmidt geb. Urban**

im Alter von 26 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

**Die Mitglieder der Zählstelle Breslau des Deutschen Holzarbeiterverbandes.**

Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital. 7703

Heute früh verschied nach unendlich schweren Leiden meine innig geliebte Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte, Frau

**Amalie Franke, geb. Grawe,**

im Alter von 42 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

**Der tieftrauernde Gatte Theodor Franke**

mit fünf gemeinsamen Kindern.

Die Beerdigung findet Sonntag, mittags 1 Uhr, von der Leichenhalle in Gräbchen aus statt. 7685

Am 12. d. M. verstarb die Frau unseres Verbandskollegen

**Amalie Franke**

im Alter von 42 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

**Die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes (Verwaltung Breslau).**

Beerdigung: Sonntag, mittags 1 Uhr, von der Leichenhalle in Gräbchen. 7684

**Zur Generalversammlung**

der gemeinsamen Ortskrankenkasse für Gewerbehilfen und Arbeiter in den Fabriken zu Liegnitz

Donnerstag, den 26. November 1911, vormittags 10 Uhr, im kleinen Saal des Badehauses,

wenden die am 10. Oktober 1909 gewählten Herren Kuratoren ergebenst eingeladen.

**Tagesordnung:**

1. Wahl der Rechnungs-Prüfungs-Kommission.
2. Ergänzungswahl des Vorstandes.
3. Verschiedenes.

Liegnitz, den 17. November 1911. Der Vorstand. [7704]

**Trauerhüte**

in größter Auswahl nach billigsten Preisen 7644

**Hulda Siedner**

Schmiedebühl 15/16

Gde Kupfer-Schmiedestr.

**Zurückgekehrt**

**San.-Rat Dr. Ritter**

Gartenstraße 10.

**Mehl billiger**

Weizenmehl 00 . . . . . 15 1/2 Pfg.  
Weizenmehl 000 . . . . . 16 Pfg.  
Rohr-Weizenmehl . . . . . 18 Pfg.  
Rohr-Weizenmehl . . . . . 18 Pfg.

**Reinhold Rose**

Qu. Krst. Franke, Neumarkt 28.

**Überzieher, Ulster, Joppen**

Angenehm, bequem, gut. 7655

Reihamt Mühlentorstraße 17.

**Arbeiter-Garderobe**

Gewandfabrik für alle Branchen

echt feinsten Maschinen-Nähtische

Nadeln und Güten liefert bei [7650]

Jeden Freitag und Sonnabend

**Ausnahme-Preise für Sagen.**

Rilde Sagenen, Sänge u. Guten

**Theodor Böhm** [7651]

Wienstraße, Gde. Schützenwiese.

Sitze genau auf Herrn zu achten!

**Wilhelm Knauerhase**

nur Kupfer-Schmiedestr. 16

Vorleger 57. Roban. 7652

**Versand-Kaus**

hygienischer

**Gummi-Artikel**

**A. Kindler, Breslau I.,**

Jankestr. 4

Gegründet 1870.

**Frische Sagen**

wirden in Österreich verfertigt. In jeder Packung von 1 Dtl. an. Reichlich mit verschiedenen Sorten von 30 Pf. an. Frische Sagenen von 1 Dtl. an. In jeder Packung von 50 Pf. an. [7615]

**G. Valentin, Neumarkt 2.**

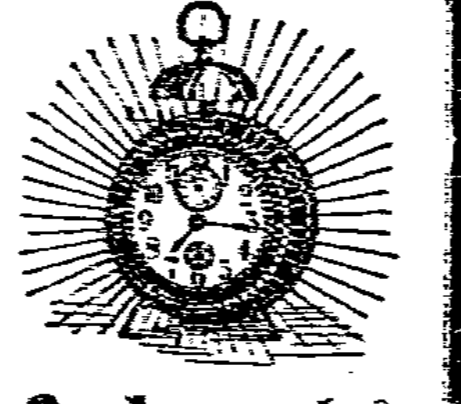
Um bei Regen zu können dort, von dem ab ist immer der Regen nicht. 7714

**Erdrüben à 2.—Mk.**

**Rotkohl à 5.—Mk.**

**Gebr. Muscat, Erdowstr. 37.**

Telefon 4832.



**Kaufmännisch.**

Rechtlich bindendes

= Zifferblatt =

**3000**

**Weckeruhren**

bekannt gute Marke

billig erworben.

**Stück 1.50 Mk.**

Seine Weckeruhren werden auf guten Gang und richtiges Beden kontrolliert und geben [5234]

1 Jahr schriftliche Garantie.

**Paul Alter,**

Uhren- und Goldwaren-Kaufhaus,

Neumarktstr. 17.

Gde. Schmiedebühl.

Es ist der Reformator Anton Barthel nach. Forderung siehe in nach. [7636]

Rechtlich bindend.

Anna Petersmann, Friedrichstr. 24.

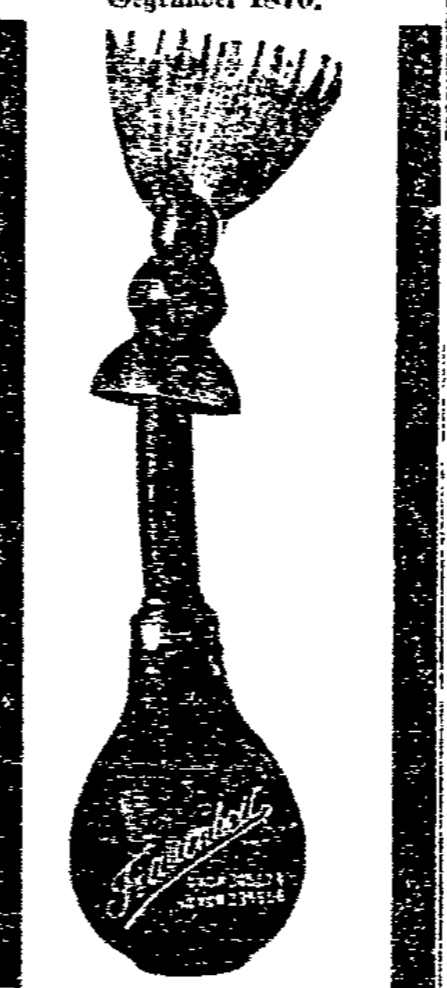
Stück [7636]

Es ist der Reformator Anton Barthel nach. Forderung siehe in nach. [7636]

Rechtlich bindend.

Anna Petersmann, Friedrichstr. 24.

Stück [7636]



**Spülspritzen**

Irrigatorien, Leibbinden, Monatsbinden und sämtlichen Gummiswaren.

40jährige Erfahrung

in jeder Branche.

Katalog gratis und franco.

Beste von [7636]

Bestellungs- [7636]

**Eduard Bornstein:**

Die

**Natur u. die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.**

Preis 28 Pfg.

Buchhandlung Volkswacht

**38 38 38 38 38 38 38 38 38**

**Seltene Gelegenheitskäufe**

**100 Ulster- Paletots**

1- und 2reihig, neueste Fassons zum Ausschuchen, durchschnittlich

**21,00 Mk.**

**100 Herren-Anzüge**

Neuester Schnitt, gute Stoffe zum Ausschuchen, durchschnittlich

**18,00 Mk.**

Lassen Sie sich diese Gelegenheit nicht entgehen. — Nur bei

**Julius Krzesny**

**Albrechtsstr. 38**

nahe der Hauptpost.

**38 38 38 38 38 38 38 38 38**

Tische, Bett- und Leinwand, Blusen, Röcke, Kleider, Spitzen, Socken, etc., Garderobe und Strickwaren sowie sämtliche Artikel zur Schneiderei, kauft man am besten bei

**Robert Jahn** Altestr. 50

Ecke Leuthenstr.

**Uhren, Ketten, Ringe, Broschen, Ohrringe etc.**

4950

mit guter Fabrik zu billigen Preisen.

Spezialität: Jugendlose Trauringe.

Bitte auf alte Firma

**Max Frenzel, 39 Friedrich-**

39 Wilhelmstr. 39

zu achten.

Filialen unterhalte ich nicht. 39

**M. Mosberg's „Original“ weltberühmte Bekleidungs-Modell für alle Gewerke und Industriezweige**

Hosen mit Schnitt und Maß in Leder und anderen Stoffen

Jackets, Jacken, Blusen, Unterzeuge, Prima Maurer-Blusen und Werkzeuge

auch eigenes Fabrikat, empfiehlt

**V. Liepelt, Schneidermstr., Bücherstr. 21.**

**Günther & Otto**

**Rohtabakhandlung**

**Breslau, Reuschestr. 51**

(Niepoldpassage.) 6988

**Diana-Bad** Willmannstr. 10

**Dampf-, Kur- und Wannenbäder.**

Annahme sämtlicher Krankenkassen. 7774

**Aus der Tiefe**

(Arbeiterbriefe).

Beiträge zur Seelen-Analyse moderner Arbeiter.

Preis anstatt 1.00 Mk. nur 50 Pfg.

(Gut erhaltene Remittendenexemplare.)

**Buchhandlung „Volkswacht“.**

**Proletarier's Jugendjahre**

von A. Levenstein

Statt 1.50 Mk. nur 50 Pfg.

empfehlen

**Buchhandlung Volkswacht.**



Gegen Ämten-Dertel.

Um dem Führer der Agrarier im Kreise, Kriegs-... Namslau einen wirksamen Gegner gegenüberzustellen, und dem Dr. Dertel und seinen Freunden die Agitation im niedrigsten antisemitischen Jargon unmöglich zu machen...

Herr Windler, der sich auf den Kampf gegen Dertel „ehrlich freut“, versichert in der gestrigen liberalen Versammlung ganz offen, daß man das Revirement vorgenommen habe, um Herrn Dertel einen ordentlichen „Bullenbeißer“ gegenüberstellen zu können...

Deutscher Reichstag.

25. Sitzung, Donnerstag, den 16. November, nachmittags 1 Uhr.

Zum Bundesratsitz: Dr. Delbrück, v. Breitenbach. Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhebung von Schiffsabgaben.

Abg. Dr. Heinze (Natl.) erklärt sich namens eines Teiles seiner Freunde gegen das Gesetz, das einen agrarischen Charakter trage. Der Ausbau von Wasserstraßen müsse auf allgemeine Staatskosten erfolgen...

Abg. Günther (fortsch. Vpt.): Die Kommission hat den Entwurf zwar verbessert, aber annehmbar ist er dadurch nicht geworden. Das Material, das der Kommission vorlag, speziell die Denkschriften Sachsens und Badens...

Abg. Winkler (kons.): Der Widerstand der Sachsen gegen die Vorlage entspringt aus Partikularismus. — Redner spricht sich für Annahme des Gesetzes...

Abg. Winkler (kons.): Der Widerstand der Sachsen gegen die Vorlage entspringt aus Partikularismus. — Redner spricht sich für Annahme des Gesetzes...

Abg. Stolle (Soz.): Wir erblicken in den Schiffsabgaben eine schwere Gefährdung von Handel und Verkehr. (Sehr wahr! bei den Soz.) Unter den Segnungen der Abgabefreiheit haben sich Handel und Industrie in einer Weise entwickelt...

Daß die preussische Regierung die von den Käufern vorgeschriebene Marschroute betreibt, haben die Erklärungen des Ministers v. Breitenbach bewiesen, daß ohne Schiffsabgaben Strombauten nicht mehr vorgenommen werden sollen...

Ministerialdirektor Peters und Bayerischer Ministerialrat v. Grafmann treten für die Vorlage ein. Abg. Stolle (Soz.): Wir erblicken in den Schiffsabgaben eine schwere Gefährdung von Handel und Verkehr...

Hundert kleiner Schiffe einmündig teilnahmen, wurde ausgeführt, daß durch die Einführung der Schiffsabgaben viele zur Einstellung des Betriebes gezwungen werden würden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die kleinen Schiffe haben gar kein Interesse an einer Vertiefung der Elbe...

Unwiderleglich ist in der Kommission dargelegt worden, daß ein großer Teil des deutschen Exporthandels von Hamburg nach Böhmen durch die Vorlage zu dem Umwege über Triest gezwungen werden wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die kleineren Schiffe haben gar kein Interesse an einer Vertiefung der Elbe...

Defretsch (Weint nach den Erklärungen seines Ministerpräsidenten und seines Handelsministers an der durch die Elbvertiefung garantierten Abgabefreiheit festhalten zu wollen. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Die Vertiefung der Elbe wird als „Kompensation“ ausgegeben, die Sachsen für die Erhebungen durch die Schiffsabgaben erhalten soll...

lebt. Darüber braucht man sich nicht zu wundern, die preussische und die deutsche Regierung ist ja — trotz gelegentlichen Aufmehens — nichts anderes als der

getreue Knecht der konservativen Partei. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Ende des Präsidenten.)

Vizepräsident Schulz: Die Regierung ist der Knecht keiner Partei. (Stürmische Heiterkeit. Zurufe links.)

Abg. Graf Braschma (Zentr.): Die Redner der Linken nennen das Gesetz ein Werk der Ritter und Heiligen. Es stimmen aber doch auch die meisten Nationalliberalen und sogar einige Freisinnige dafür. Sind das auch Ritter und Heilige? (Zuruf bei den Soz.: Sonderbare Heilige! Große Witterten!) Die Linke will keine Verfassungsänderung vom sterbenden Reichstag gemacht wissen. In einer anderen Frage will gerade die Linke eine hochwichtige Verfassungsänderung von diesem Reichstag vornehmen lassen. (Zehr gut! im Zentr. und rechts.) Die Schiffsabgaben werden keineswegs verteuern wirken, an ihrem baldigen Zustandekommen ist unantastlich der Oberbeschluß sehr gelegen. (Lebh. Beifall im Zentrum.)

Minister v. Breitenbach: Der Abg. Stolle meint, die ganze Vorlage sei nichts wert, weil das Zustand der Schiffsabgaben widersehen werde. Wenn wir auch den Termin noch nicht bestimmen können, an welchem wir auf dem Rhein und der Elbe Abgaben erheben werden können, so werden wir von dem Gesetz doch sofort einen unangelegenen Nutzen auf den Strömen schaffen können, auf denen wir durch das Ausland nicht gehindert sind. (Zuruf: Ich nur sagen, daß im Laufe der letzten 30 Jahre der Verkehr sich so ungeheuerlich entwickelt hat, daß die Grundzüge, die vor 30 Jahren wechnäßig waren, heute nicht mehr angemessen sind.)

Abg. Dr. Dahn (kons.): Dr. David nannte die Vorlage ein neues Glied in der Kette der agrarischen Verteuerungswirtschaft. Die Frucht von Hamburg nach Berlin beträgt heute 3 Mk. und die Gebühren für Benutzung der Eisenanlagen 3 Pf. Nach Beendigung der im Gesetz vorgesehenen Bauten kommen nach 19 Pf. hinzu, die die Interessenten für den verbesserten Wasserweg zahlen werden.

Die ganze Verteuerung macht 2 bis 3 pro Mille. Wert, hört! rechts. Es ist bedauerlich, daß Gothein gegenüber diesen rein praktischen Fragen wieder von der Reichsbedrohlichkeit gesprochen hat. (Zehr richtig! rechts.) Er führte auch die Brandwein-Liebesgaben wieder an, an denen doch heute nur noch die Süddeutschen Kleinbauern Interesse haben. (Lachen links.) Der Mittelkanal ist im Jahre 1899 keinesfalls als agrarisch in Brüssel abgelehnt, sondern um den schlesischen Kohlenbergbau gegen die Konkurrenz aus dem Ausland zu schützen und heute nach die Agrarindustrie gegen die südwestdeutsche geschützt werden. Aus solchen nationalen Gründen sollte auch Herr Bahrmann seinen Antrag auf die Kanalverwirklichung zurückziehen. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. Dr. Frank-Wannheim (Soz.): Die Rede des Dr. Dahn war an die falsche Adresse gerichtet. Wenn er es nicht fertig bringt, mit seiner übereilenden Vereidung seine eigenen Fraktionsgenossen aus Sachsen von den Vorzügen des Gesetzes zu überzeugen, muß es schämen damit bestückt sein. (Zuruf: die Sachsen sind heile!) Herr Dr. Dahn kann man diesen Vorwurf nicht machen. (Große Heiterkeit.) Herr Dahn verweist darauf, daß die Verteuerung durch die Schiffsabgaben nur ganz geringfügig sein würde. Das ist die alte Geschichte die Jungfrau ist ganz unbedingbar, das Kind, das sie geboren hat, ist ja ganz, ganz klein. Die Väter, Großväter und Urgroßväter des Reiches im preussischen Abgeordnetenhaus haben sich von dem Gesetz mehr versprochen, sie wollten, daß das

Geheimnis für ausländisches Getreide geschlossen werde und was sie im preussischen Abgeordnetenhaus in einem unbewachten Augenblick — sie sind dort ja unter sich — sagten, gilt mir jedenfalls mehr, als die sicher sehr ernsthaft gemachten Darlegungen des Herrn Dr. Dahn. (Große Heiterkeit links.)

Dr. Dahn bestreitet, daß eine Reichsverdröbenheit als Folge des Gesetzes eintreten werde. Da brauchen wir ihn nur auf die Denkschrift von Sachsen und Baden verweisen. (Sehr richtig! links.)

Dann hat sich Dr. Dahn nach links hin um Hilfe umgesehen und in dem neubestehenden Herrn Hausmann einen Helfer gefunden. Ich bedaure Herrn Hausmann aufrichtig, denn mit Recht konnte Dr. Dahn es als unzulässig bezeichnen, die Interessen eines bestimmten Kreises, einer bestimmten Provinz, dem nationalen Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft. (Zehr richtig! bei den Soz.) Mit voller Macht treffen diese Worte die Stellung des Herrn Hausmann und der sächsischen Freunde des Gesetzes. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.) Den Konservativen die Sorge für den deutschen Verkehr übertragen, heißt doch den Sachsen die Sorge über den Eutenfall übertragen. (Zehr gut! links.) Eine Vorlage, welche die Wasserregulierung auf bestimmte Orte beschränkt, unter Beibehaltung bestimmter Pläne und Kostenschläge, könnte man annehmen, hier aber wird die

Freiheit der deutschen Ströme preisgegeben, um die jahrzehntlang gekämpft worden ist, und was die Vorlage an Verkehrserleichterungen enthält, ist Verlorengeht, um die einzelnen Bundesstaaten zu gewinnen, Wechsel auf die Zukunft.

Graf Braschma leugnet, daß die Politik der Ritter und Heiligen für dies Gesetz verantwortlich sei. Gerade ihm sollte doch die Verantwortung eines Ritters und Heiligen in einer Person nicht fern liegen. (Gr. Heiterkeit.) Der erstorbene Zentrumsabgeordnete Hug hat sich wiederholt sehr energisch gegen die Schiffsabgaben ausgesprochen. Redner schenkt kein Gehör in seiner Reaktion nicht über seinen Todestag hinausgerichtet zu haben, denn auch die wenigen Herren aus dem Süden, die bisher dem Gesetz Widerstand geleistet haben, scheinen inzwischen umgefallen zu sein.

Dem Antrag den Artikel III aus der Vorlage zu streichen, können wir nicht zustimmen, eine Definition der künstlichen Wasserstraßen muß unbedingt im Gesetz festzu bleiben. Im übrigen sind meine Freunde ohne Ausnahme der Meinung, daß dies Gesetz politisch und volkswirtschaftlich ein Unglück bedeutet, daß mit seiner Annahme der Reichstag sich mißbrauchen läßt zu Gunsten großagrarischer Interessen. (Lebhaftes Beifall b. d. Soz.)

Abg. Gothein (fortsch. Vpt.) polemisiert gegen den Abgeordneten Dahn. Nicht mit Rücksicht auf die schlesische Industrie haben die Konservativen den Mittelkanal zu Fall gebracht, sondern aus einseitigstem agrarischen Interesse heraus. (Zehr richtig! links.)

Abg. Hausmann (fortsch. Vpt.): Ich bin weder ein Sozialist noch ein Paulus, ich halte einfach die Vorteile der Vorlage für größer als ihre Nachteile. Ihr Zweck ist so gut, daß die unermesslichen Schiffsabgaben mit in den Kauf genommen werden können.

Damit schließt die Debatte. Abg. Graf Braschma (Zentr.): Ich dank Herrn Frank, daß er mich als Verfechter der Heiligkeit und Ritterlichkeit hingestellt hat. (Heiterkeit.)

Artikel I wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der großen Mehrheit der Freisinnigen angenommen, ebenso der Antrag Behr auf Streichung des Artikels 2a. Hieraus wird die Weiterberatung vertagt auf Freitag 1 Uhr.

Versicherungsgesetz für Angestellte.

Im Beginn der Sitzung liest der Berichterstatter ein Telegramm des Zentralausschusses der Hamburger Bräuindustrie vor, in dem Einspruch erhoben wird gegen die schnelle Art der Erleichterung der Vorlage und die Ablehnung des Gesetzes verlangt wird. Der Kommissar nimmt die Klage gegen zur Kenntnis.

Zu § 59 wird ein Antrag unserer Parteigenossen angenommen, der, entsprechend den Wünschen der Angestelltenverbände verlangt, daß die Beitragsrückzahlung für weibliche Angestellte beim Tode der Versicherten an die Angehörigen erfolgt, wenn die Versicherte wesentlich zum Unterhalt der Hinterbliebenen beigetragen hat. Voraussetzung ist dabei, daß mindestens 60 Monatsbeiträge gezahlt und bisher keine Rente gewährt wurde.

Zu § 63 beantragen unsere Genossen, daß den weiblichen Angestellten beim Tode des Ehemannes aus den von ihnen selbst aufgebracht Versicherungsbeträgen eine Rente gezahlt wird. Es sollten infolgedessen Beiträge nicht zurückgezahlt werden, wenn die Angestellte aus der Beibringung austritt. Unsere Genossen wollten damit eine höhere Rente erzielen, als sie in den benannten Beiträgen in Aussicht gestellt werden. Der Antrag fand von keiner bürgerlichen Partei Unterstützung.

Entsprechend den Bestimmungen der R.-V.-O. beantragten unsere Genossen, daß, wenn die Rente eingestellt wird, die Einzahlung erst in dem der Einstellung folgenden Monat eintritt. Der Antrag wurde abgelehnt.

Zu § 64 wurde die Frage der Selbstverwaltung erörtert und darüber, welche Abordnung den Militärämtern bei der Anstellung der Beamten gewährt wird. Von der Regierung wurde erklärt, daß die unteren Beamten nur aus den Kreisen der Militärämtern genommen werden, während die mittleren Beamtenstellungen nur zur Hälfte von Militärämtern besetzt werden. Abg. Wagnan bemerkte, daß dies berechtigt sei, er könne eine Zurückweisung der Militärämtern nicht billigen und der Veranschlagung, daß in der R.-V.-O. den Militärämtern diese Abordnung nicht mehr wird, weise hier nicht zu. Vom Genossen Schmidt wurde dem Vertreter der Volkspartei entgegengesetzt, daß es geradezu unerhört sei, daß die Versicherten keinen Einfluss auf die Anstellung der Angestellten haben. Angestellte und Prinzipale haben die Mittel allein auszubringen, die Beamten erheben die Beiträge, und sie nimmt eigenmächtig aus dem Versicherungsfonds die Mittel für die Verwaltung. Was würden die Unternehmer sagen, wenn man so bei den Berufsangehörigen verfahren wollte. Aber es ist bemerkenswert, daß ein Vertreter der Volkspartei in der Weise das Selbstverwaltungsamt der Angestellten behandelt. Selbst Herrn Stresemann ging diese Anforderung zu weit, denn er wies mit gutem Recht darauf hin, daß das wohl aus den Interessen der Angestellten mancher für diese Arbeiter sich ausstrecken. Wir unserer Parteigenossen können dieser Redner, daß es sich nicht um eine Zurückweisung der Militärämtern handelt, sondern um die Abweisung einer Bevormundung. Militärämtern werden von diesen Kosten nicht ausgeschlossen werden. Die Debatte wurde schließlich abgebrochen, weil die bürgerlichen Parteien mit der Regierung verhandeln wollten, wo weit sie befreit sei. Inzwischen in der Selbstverwaltung zu machen. Von unseren Genossen lagen bereits einige Anträge auf Erweiterung der Rechte der Versicherten vor.

Die Wahl der Vertrauensleute aus den Kreisen der Versicherten sollte nach der Vorlage durch eine Wahlkommission erfolgen, die der Reichsminister erläßt. Auf eine Anfrage von unserer Seite stellte sich heraus, daß die Wahlkommission in der Weise erfolgen soll, daß der Reichsminister einseits, sechs auf seiner Seite, sechs auf den Wahlkommission einseits, gegen diesen Wahlmodus erhoben unsere Genossen Einspruch. Gegen diesen Wahlmodus erhoben unsere Genossen Einspruch. Die Verlangen der Wahl durch Stimmzettel, denn es stelle sich im weiteren Verlauf der Debatte heraus, daß die Regierung in ihrer Wahlordnung auch die öffentliche Stimmabgabe anordnen konnte. Dr. Wagnan ist auch hier mit der Regierung der Meinung. Es ist die Wahl gar nicht anders möglich, und der Abg. Stresemann hob hervor, daß der Hauptausschuss der Angestelltenverbände sich ausdrücklich damit einverstanden erklärt habe, daß von einer geheimen Wahl Abstand genommen werden könne. Tatsächlich erlangen unsere Genossen nur, daß wenigstens die öffentliche Stimmabgabe untersteht wird. Das Vertrauen steht zu dem Rentenversicherung wurde gegen die Stimmen unserer Genossen und der Volkspartei abgelehnt. In § 117 sollte nach einem Antrag unserer Genossen den Invaliden und den freiwillig Versicherten aktives und passives Wahlrecht für die Wahl der Vertrauensmänner erteilt werden. Der Zweck des Antrages war, daß zur Vertretung der Interessen der Angestellten unabhängige Personen herangezogen werden können. Für den Antrag trat keine der bürgerlichen Parteien ein. Auf Antrag unserer Genossen wurde nochmals erörtert, ob die Schiedsgerichte den Oberberufungsämtern, d. h. den Instanzen der R.-V.-O. anvertraut werden wollen. Das Zentrum entließ sich wieder der Zustimmung. Die Reaktion will eine abwartende Stellung einnehmen und schließlich für die besonderen Schiedsgerichte stimmen, um das Gesetz nicht zu Fall zu bringen. Der Teil der Vorlage bis zu den Zuschuß- und Erstattungen wurde ohne besondere Debatte angenommen.

Arbeiterbewegung.

Zur Tabakarbeiterausperrung.

Die Scharfmacher unter den Tabakindustriellen scheinen selbst in ihren eigenen Reihen nicht ungeteilten Beifall mit ihrer Draufgängererei zu finden. Zwar versuchen sie es in der Öffentlichkeit zunächst mit dem Tritt, sich als die unschuldig Ungegriffenen hinzustellen, die sich in der Abwehr befinden. Doch dieser Tritt wird wohl im allgemeinen nicht gelingen. Hat doch dieser Art der Parteilichkeit des Kampfes selbst in der Versammlung des Unternehmerverbandes, die kürzlich in Berlin stattfand, keinen rechten Glauben gefunden, weshalb der Antrag des Reichsausschusses der Tabakarbeiterverbände, alle organisierten Tabakarbeiter Deutschlands auszusperrn, keine Gegenliebe fand. Die Unternehmer beschloßen nur folgende Resolution: „Die heute in Berlin tagende Bundesversammlung des Arbeitgeberbundes der deutschen Tabakindustrie spricht einmütig ihren im Abwehrkampf gegen die organisierten Tabakarbeiter stehenden wesentlichen und humanitären Mitgliedern ihre volle Sympathie aus und sichert ihnen ihre nachhaltige Unterstützung zu. Alle sich daraus ergebenden Maßnahmen bleiben dem Vorstand überlassen.“

Den eventuellen Maßnahmen des Bundesvorstandes sehen die Ausgesperrten mit aller Ruhe entgegen. Außer dem Schutze, den die Ausgesperrten bei den Arbeitern Deutschlands genießen, erhalten sie jetzt auch noch den Schutz der organisierten Konsumentenvereine. An alle Konsumvereine Deutschlands, die über Entstehung und Entwicklung der Ausperrung unterrichtet wurden, mit Billigung der Mitglieder des jeweiligen Unternehmerverbandes in der Tabakindustrie, die die organisierten Tabakarbeiter auszusperrn, ist das Ersuchen gerichtet worden, in diesem Kampfe ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun. Ebenso sind auch alle Leitungen von Volks- und Gewerkschaftshäusern, Arbeitervereinsbüros und Arbeiterlehrerlokale unterrichtet worden. Der Wind wird sich Sturm erheben. Arbeiter Deutschlands, übt Solidarität!

Die Lage in China.

Juanfuchai ist mit der Bildung eines neuen Kabinetts beschäftigt. Pianlungun übernimmt das Ministerium des Äußeren...

Peking, 15. November. In einer Unterredung mit einem Ausländer erklärte Juanfuchai, er werde, obwohl er bedauern...

London, 16. November. Juanfuchai bezeugt bei der Bildung eines neuen Kabinetts großen Schwermut...

Die Kaiserlichen in Nanjing.

Shanghai, 16. November. In Nanjing steht eine Schlacht bevor. General Zhangjun beherrscht vollständig die Situation...

Amerikanische Truppenexpedition nach China.

Washington, 16. November. Das Staatsdepartement hat beschlossen, ein Regiment von Manila nach Tientsin zu senden...

drungen, den Mächten zu helfen, die Straßenverbindung von Veking nach der See aufrecht zu erhalten.

Der Krieg um Tripolis.

In Konstantinopel wird die italienische Flottenaktion in den türkischen Gewässern für unmittelbar bevorstehend...

Die Mächte schweigen.

Wien, 16. November. Das offizielle „Fremdenblatt“ bestätigt, daß die Mächte auf die beiden Protestnoten der Türkei...

Die Lage der Italiener.

London, 16. November. Aus Tripolis wird der Central News gemeldet, daß die Lage in Tripolis für die Italiener...

Das alltägliche Gesetzt.

Rom, 16. November. In Tripolis entwickelte sich gestern nachmittags bei dem Fort Samidie und bei Charafat verschiedene Mäe ein Feuergefecht.

De Felice als Stratege.

Der sozialistische Abg. de Felice, der sich aus lauter Kriegsgeliebtheit auf einem italienischen Kriegsschiffe mit nach Tripolis...

Da de Felice nicht organisierter Parteigenosse ist, kann er natürlich auch nicht aus der Partei ausgeschlossen werden.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Siegen, 17. November. Eigenartige Vergiftungsstöße. Der neunjährige Schüler Andreas Solysa, Sohn eines Unterzahlmeisters vom Königs-Grenadierregiment...

entlandenen Reibung sich entzündet hatten. Es stülte sich dann heraus, daß nachmittags der Knabe und noch andere Spielgenossen sich „Krawall-Erbsen“ gekauft und damit gespielt hatten.

Goibberg, 17. November. Von einem schweren Schicksalschlage ist dieser Tage der Maurer Paul John von hier betroffen worden.

Sirchberg, 17. November. Selbstmord auf den Schienen. Als am Mittwoch Abend gegen 7 Uhr der Streckenzug die Eisenbahnstrecke von den Sechsfäden bis zum Hausberge revidierte...

Schweidnitz, 17. November. Ein Straßengefänger als Gewinner des Haupttreffers. Der erste Hauptgewinn der kürzlich gezogenen Schweidnitzer Ausstellungs-Lotterie...

Freiburg, 17. November. Das 100.000. Uhrwerk. In der seit sechs zwölf Jahren bestehenden Uhrenfabrik „Urania“ in Pölschitz wurde am vorigen Donnerstag das 100.000. Uhrwerk fertiggestellt.

Dromberg, 17. November. Risiko der Arbeit. Während des Nachdienstes geriet in der Boerwaldischen Dampfmaschine ein Wälzergeselle in das Getriebe...

Rabolin bei Schönlanke, 17. November. In einer konservativen Hochburg. Am Sonntag fand hier zum ersten Male eine öffentliche Versammlung statt...

Briefkasten.

W. W. Nette. Sie erhalten Antwort brieflich. S. W. Reichardt. Nur der Rutscher kann haßbar gemacht werden...

225. Königl. Preuss. Klassenlotterie.

5. Klasse. 8. Ziehungstag. 16. November 1911. Vormittag. Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose...

Table with multiple columns of lottery numbers and prize amounts.

225. Königl. Preuss. Klassenlotterie.

5. Klasse. 8. Ziehungstag. 16. November 1911. Nachmittag. Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose...

Table with multiple columns of lottery numbers and prize amounts.

225. Königl. Preuss. Klassenlotterie.

5. Klasse. 8. Ziehungstag. 16. November 1911. Nachmittag. Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose...

Table with multiple columns of lottery numbers and prize amounts.

225. Königl. Preuss. Klassenlotterie.

5. Klasse. 8. Ziehungstag. 16. November 1911. Nachmittag. Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose...

Table with multiple columns of lottery numbers and prize amounts.



**Ziehung nächste Woche**  
(22. und 23. d. Mts.)

# Südpolar-Geld-Lotterie

60 000 Mark bar  
40 000 " " "  
20 000 " " "  
10 000 " " "  
5 000 " " "

Lose à 3.30 Mk.  
B. Klement, Breslau I, Ring 22. Spezial-Lotterie- u. Bankgeschäft.

## Gefunden Hirschfleisch

einige bei reellen und billigen Einkauf.  
Stange, Hirsch, nur 10 Pf. (750g)  
Nach Maß wundenbar, 14 Pf.  
Joppen 4 1/2 Pf. - Dosen 2 1/2 Pf.  
Kaugummi Wafler, 17a, 1.

**Haarzöpfe und Teile**  
in größter Auswahl billigst  
empfehlen [5321]  
H. Rösner, Leuthenstr. 23.  
Anfertigung sämtlicher Haararbeiten.

## Selten günstige Gelegenheit

zum Kauf guter billiger Uhren und Goldwaren.

Durch einen großen, besonders günstigen Einkauf offeriere ich solange der Vorrat reicht:

Sehr schöne 400 gest. Herren-Kremontuhr-Uhren 7 Mk.  
Sehr schöne 400 gest. Damen-Kremontuhr-Uhren 7 Mk.  
Diese Uhren haben doppelten Goldrand und 6 Rubine.  
Nur empfehle ich mein großes Lager:  
Goldener Damen- und Herren-Uhren von 12 Mk. an  
Freiwahlinger mit Schlagwerk . . . . . von 9 Mk. an  
Wecker . . . . . von 1.25 Mk. an

Herren- und Damenketten in großer Auswahl.  
Ohrringe, Broschen, Armbänder, Colliers usw., Hoch-  
elegante Stöße mit Silbergriff.

Spezialität: Goldene Trauringe nach Gewicht in  
allen Weights.

Eigene Werkstatt für Reparaturen.

# A. Möwius, Uhrmacher

Uhren- u. Goldwaren-Kaufhaus  
Gegründet 1886.

Kupferstrichniederstraße, Eckhaus Schmiedebrücke 56,  
Nähtung! Ich mache noch besonders darauf aufmerksam, daß sich mein  
Geschäft nach wie vor nur Kupferstrichniederstraße, Eckhaus  
Schmiedebrücke 56, befindet. Vom Ring aus links.



## Schirme, Krawatten, Handschuhe

sowie sämtliche Herren-Artikel.

Nur gutes Fabrikat.  
Stets Neuheiten.  
Bekannt rasche Bedienung.  
Reparaturen an Schirmen gut  
und billig.

# Paul Pluntke, 38 Friedrich-Wilhelmstr. 38

vis-à-vis Deutscher Kaiser.  
Schirmfabrik und Herrenartikel-Geschäft.

## Winter-Überzieher

„-Joppen 6515  
„-Anzüge

alle Arbeiter-Bekleidungsstücke:  
in guter Ware.  
Größte Auswahl. - Billigste Preise.

# J. Besser,

Matthiasstrasse 63/65.

## Wichtig für Brautleute!

Auf Teilzahlungen kaufen reelle Leute haltbare  
Möbel, Spiegel, Porzellanwaren etc. etc.  
reell, billig, unter kulantesten Bedingungen und Diskretion.  
Der Kassa allerwärts liegt 4965  
ebf. gleiche Waren billiger als sonst und anderswo.

# Gebr. Buchmann

Fischergasse Nr. 2  
Inhaber geborene Schlesier.

Bestelltes und größtes Kredit-Haus dieser Branche der Mittel-Vorstadt.  
In freien Stunden, Seit 10 Jhr.

## Pelzwaren-Haus L. BLUT

nur Reuschesstr. 11/12

Bestsortiertes Lager Reispelze, Gehpelze, Muffen,  
Garnituren, Colliers, Kragen, Stolas  
in allen Felzarten.

Neu-Anfertigung, Umarbeitung, Reparaturen in  
eigener Werkstatt prompt u. billigst.

## Hut-Hanke

Inh.: Joh. Tessler  
Friedrich-Wilhelmstr. 25.

Güte, nur gute, reelle  
Qualitäten, für  
Herren und Knaben.  
Mützen, Stöcke, Schirme  
zu billigsten Preisen.

Paul Hauschild Jr.  
Friedrich-Wilhelmstrasse 102.

# Fortsetzung des Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnisses

## Schmiedeberg.

Bäckerlei und Kolonialwaren.  
Böcher, Ernst, Oberstraße 15.

Bier-Brauereien.  
Stahl-Brauerei R. Böke, Schmiedeberg.

Fleischereien und Wurstfabriken.  
Kocher, Paul, Markt 19.  
Kampsh, Fritz, Friedrichstraße 21.  
Schmalz, Emil, Dammweg 10.

Gärtnerlei und Gemüsehandlung.  
Kobien, Theodor, Markt 33.

Hüte, Mützen, Filzwaren.  
Wölfe, Paul, Markt 7.

Weiss-, Woll- u. Kurzwaren.  
Kobemacher, Conrad, Markt 29 (Niedersasse).

## Schweidnitz

Manufaktur- und Wollwaren.  
Zamisch, Gebr., Hofstr. 16 (Dammweg).

Schuhwarenhandlung.  
Blecher, H., Langstr. 4 (Reinholdstr.).  
Böcher, Wilhelm, Langstr. 6.

Uhren und Goldwaren.  
Schumann, H., Hofstr. 16.

## Ströbel

Fleischerei.  
Ries, Franz, Mühlstr. u. Krautbühl.

Cashier.  
Ostlich, Carl, Köhler, Carl.

Kolonial- und Manufakturwaren.  
Schmidt, Josef.  
Schmidt, Paul.

## Strahlen

Bier-Brauereien.  
Jaekel, Rob., Engelstr. 11.

Dampf- u. Kesselbau, Manufakturwaren.  
Kaufhaus Alfred Paul.

Drogen und Farben.  
Schumann, J., Markt 19, Wein, Zigaretten.

Herren- u. Knaben-Garderobe.  
Weber, Carl, Conzel, Gebr.

Kolonialwaren, Drogen, Zigaretten.  
Ott, Robert, Ring 8 (Markt).  
Tschann, E. J., Joh. Carlstr.

Manufaktur-, Herren- u. Knaben-Gard.  
Jaska, Maria (Dammweg).

Photographische Ateliers.  
Schulz, Adolf, 32, Mühlstr. 32.

Schuhwaren u. Schuhmacher.  
Wegel, August, Mühlstr. 32.  
Wegel, Paul, Ring 11, größt. Lager am Platz.

## Striegas

Alkoholfreie Getränke.  
Gammelin, J., Markt, Markt 10.

Brauereien und Wurstfabriken.  
Schneidhans, Gebr., Markt 10.  
Schneidhans, G. J., Schneidhansstr. 36.  
Die's Brauerei, Joh. Gebr. Markt.

Drogen, Farben, Spezialwaren.  
Lipp, Carl, Markt 10.

Fahrräder, Nähmaschinen.  
Schneidhans, Carl, Markt 10.  
Schneidhans, G. J., Markt 10.

Fleischereien u. Wurstfabriken.  
Schneidhans, G. J., Markt 10.  
Schneidhans, G. J., Markt 10.

Herren-Garderobe, Schuhwaren, Hüte.  
Schneidhans, G. J., Markt 10.  
Schneidhans, G. J., Markt 10.

Manufaktur-, Herren- u. Knaben-Gard.  
Schneidhans, G. J., Markt 10.  
Schneidhans, G. J., Markt 10.

Photographische Ateliers.  
Schneidhans, G. J., Markt 10.  
Schneidhans, G. J., Markt 10.

Schuhwaren u. Schuhmacher.  
Schneidhans, G. J., Markt 10.  
Schneidhans, G. J., Markt 10.

## Trebnitz

Herren-Garderobe.  
Semper, A. M., Markt 10.

Silbermann, A., Markt 10.

Herren-Garderobe.  
Semper, A. M., Markt 10.

Silbermann, A., Markt 10.

Herren-Garderobe.  
Semper, A. M., Markt 10.

Silbermann, A., Markt 10.

Herren-Garderobe.  
Semper, A. M., Markt 10.

Silbermann, A., Markt 10.

Herren-Garderobe.  
Semper, A. M., Markt 10.

Silbermann, A., Markt 10.

Herren-Garderobe.  
Semper, A. M., Markt 10.

Silbermann, A., Markt 10.

## Waldenburger Industrieviertel

Abzahlung-Geschäfte.  
Scott, H., Markt 10.

Bäckereien u. Konditoreien.  
Böcher, Ernst, Markt 10.

Bier-Brauereien.  
Jaekel, Rob., Markt 10.

Dampf- u. Kesselbau, Manufakturwaren.  
Kaufhaus Alfred Paul.

Drogen und Farben.  
Schumann, J., Markt 10.

Herren- u. Knaben-Garderobe.  
Weber, Carl, Markt 10.

Kolonialwaren, Drogen, Zigaretten.  
Ott, Robert, Markt 10.

Manufaktur-, Herren- u. Knaben-Gard.  
Jaska, Maria (Markt).

Photographische Ateliers.  
Schulz, Adolf, Markt 10.

Schuhwaren u. Schuhmacher.  
Wegel, August, Markt 10.

## Waldenburger Industrieviertel

Abzahlung-Geschäfte.  
Scott, H., Markt 10.

Bäckereien u. Konditoreien.  
Böcher, Ernst, Markt 10.

Bier-Brauereien.  
Jaekel, Rob., Markt 10.

Dampf- u. Kesselbau, Manufakturwaren.  
Kaufhaus Alfred Paul.

Drogen und Farben.  
Schumann, J., Markt 10.

Herren- u. Knaben-Garderobe.  
Weber, Carl, Markt 10.

Kolonialwaren, Drogen, Zigaretten.  
Ott, Robert, Markt 10.

Manufaktur-, Herren- u. Knaben-Gard.  
Jaska, Maria (Markt).

Photographische Ateliers.  
Schulz, Adolf, Markt 10.

Schuhwaren u. Schuhmacher.  
Wegel, August, Markt 10.

## Waldenburger Industrieviertel

Abzahlung-Geschäfte.  
Scott, H., Markt 10.

Bäckereien u. Konditoreien.  
Böcher, Ernst, Markt 10.

Bier-Brauereien.  
Jaekel, Rob., Markt 10.

Dampf- u. Kesselbau, Manufakturwaren.  
Kaufhaus Alfred Paul.

Drogen und Farben.  
Schumann, J., Markt 10.

Herren- u. Knaben-Garderobe.  
Weber, Carl, Markt 10.

Kolonialwaren, Drogen, Zigaretten.  
Ott, Robert, Markt 10.

Manufaktur-, Herren- u. Knaben-Gard.  
Jaska, Maria (Markt).

Photographische Ateliers.  
Schulz, Adolf, Markt 10.

Schuhwaren u. Schuhmacher.  
Wegel, August, Markt 10.

## Waldenburger Industrieviertel

Abzahlung-Geschäfte.  
Scott, H., Markt 10.

Bäckereien u. Konditoreien.  
Böcher, Ernst, Markt 10.

Bier-Brauereien.  
Jaekel, Rob., Markt 10.

Dampf- u. Kesselbau, Manufakturwaren.  
Kaufhaus Alfred Paul.

Drogen und Farben.  
Schumann, J., Markt 10.

Herren- u. Knaben-Garderobe.  
Weber, Carl, Markt 10.

Kolonialwaren, Drogen, Zigaretten.  
Ott, Robert, Markt 10.

Manufaktur-, Herren- u. Knaben-Gard.  
Jaska, Maria (Markt).

Photographische Ateliers.  
Schulz, Adolf, Markt 10.

Schuhwaren u. Schuhmacher.  
Wegel, August, Markt 10.

## Waldenburger Industrieviertel

Abzahlung-Geschäfte.  
Scott, H., Markt 10.

Bäckereien u. Konditoreien.  
Böcher, Ernst, Markt 10.

Bier-Brauereien.  
Jaekel, Rob., Markt 10.

Dampf- u. Kesselbau, Manufakturwaren.  
Kaufhaus Alfred Paul.

Drogen und Farben.  
Schumann, J., Markt 10.

Herren- u. Knaben-Garderobe.  
Weber, Carl, Markt 10.

Kolonialwaren, Drogen, Zigaretten.  
Ott, Robert, Markt 10.

Manufaktur-, Herren- u. Knaben-Gard.  
Jaska, Maria (Markt).

Photographische Ateliers.  
Schulz, Adolf, Markt 10.

Schuhwaren u. Schuhmacher.  
Wegel, August, Markt 10.

## Waldenburger Industrieviertel

Abzahlung-Geschäfte.  
Scott, H., Markt 10.

Bäckereien u. Konditoreien.  
Böcher, Ernst, Markt 10.

Bier-Brauereien.  
Jaekel, Rob., Markt 10.

Dampf- u. Kesselbau, Manufakturwaren.  
Kaufhaus Alfred Paul.

Drogen und Farben.  
Schumann, J., Markt 10.

Herren- u. Knaben-Garderobe.  
Weber, Carl, Markt 10.

Kolonialwaren, Drogen, Zigaretten.  
Ott, Robert, Markt 10.

Manufaktur-, Herren- u. Knaben-Gard.  
Jaska, Maria (Markt).

Photographische Ateliers.  
Schulz, Adolf, Markt 10.

Schuhwaren u. Schuhmacher.  
Wegel, August, Markt 10.